

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

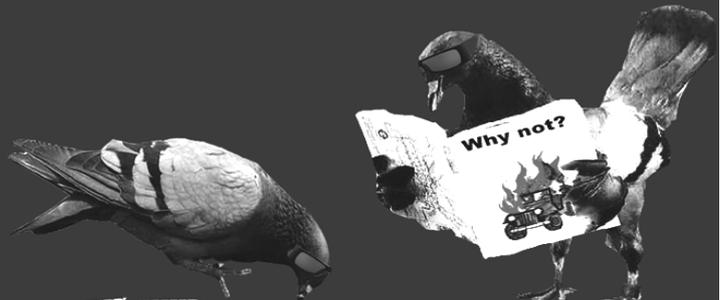
Nr. 44 Juli/August 2009

Celler Trialog beenden

Schulsystem -
dreigeteilt für immer?

Randgruppe?
Ab an den Stadtrand!

Oktober 1993:
Ritterkreuzträger
in Cello



INHALT

Eschede – mal wieder „Der rechte Weg“	3
Interview mit Olaf Meyer (AA Lüneburg/Uelzen) Verstärkte Mobilisierung erforderlich	4
Aufruf: Celler Trialog beenden - Für eine Welt ohne Krieg	5
Beim Geldabholen erschossen Gastkommentar Otto Köhler	7
Laternengespräche Der Letzte macht das Licht aus	8
Nazi-Outing in Hermannsburg & Anfrage zu Erneuerbaren	10
Vom städtischen Umgang mit “Randgruppen“ Aus den Augen, aus dem Sinn	11
Kooperative Gesamtschule Wiswe ignoriert Elternwillen	12
Bildungspolitik beweist: Celler CDU weiter unfähig zur Erneuerung	13
Interview mit Jan Bonorden Weg frei für die Erneuerbaren	14
Lokalnachrichten im Rückblick	16
Missionsanstalt Hermannsburg im Nationalsozialismus Das schwarze Herz Hannover?	19
Ritterkreuzträger 1993 in Celle „Orden fürs Morden“	22
Infoladen im Bunten Haus Von Anarchie bis Zappatismus	26
Termine Politik	27
Termine Kunst und Kultur	28

H
A
L
L
O



*I ain't gonna work for Maggie's brother no more.
No, I ain't gonna work for Maggie's brother no
more.
Well, he hands you a nickel,
He hands you a dime,
He asks you with a grin
If you're havin' a good time,
Then he fines you every time you slam the door.
I ain't gonna work for Maggie's brother no more.*

Soviel zur „Losung“ dieser Ausgabe; ansonsten wieder alles mit einem irgendwie gearteten lokalen Bezug. Am wichtigsten werden die Aktionen gegen den CELLER TRIALOG – von uns dazu nicht allzu viel, denn es gibt eine eigene kleine Broschüre.

Was wir von unseren Leser_innen aber erwarten, ist, dass sie zur Demonstration am 4. Juli – bitte vollzählig – erscheinen. Wer - aus welchen Gründen auch immer – nicht kommen kann, leiste bitte eine Strafzahlung auf unser unten stehendes Konto. Denn so langsam geht uns das Geld wieder aus. Ein Leser hat sich schon freiwillig daran gehalten - mit der wohl in der Geschichte der revista bisher größten Einzelspende. Vielen, vielen Dank.

Über Kritik und Kommentare freut sich wie immer ... eure Redaktion

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, c/o Buntes Haus, PF 1329, 29203 Celle
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista@gmx.de; web: <http://mitglied.lycos.de/Revista/>
erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
Konto: SKI e.V., Sparkasse Celle, BLZ 25750001, Kontonummer: 108099698

Der rechte Weg

Am Samstag bei der Sonnenwendfeier auf dem Bauernhof von NPD-Mitglied Joachim Nahtz dürfte sich keiner über den Schotterweg beschweren. Die Schlaglöcher wurden beseitigt. Mit einem Mineralgemisch setzte die Kameradschaft "Celle 73" den öffentlichen Weg "Zum Finkenberg" instand. Die Sanierung nahm sie in Absprache mit der niedersächsischen Gemeinde Eschede vor.

"Ja das stimmt, wir haben 15 Kubikmeter des Gemisches bezahlt", sagt Eschedes Bürgermeister Günter Berg (parteilos). Leicht wäre der Gemeinde dieser Deal jedoch nicht gefallen. Bei der Instandsetzung von solchen Wegen, sagt Berg, wäre es im Ländlichen aber üblich dass die betroffenen Bauern eingebunden würden. "Herr Nahtz hatte sich schon oft über den Zustand des Weges beschwert", sagt Berg, "wir haben das überprüft und waren wegen der Verkehrssicherheit genötigt zu handeln".

Seit Jahren kommt die Szene von NPD bis freien Kameradschaften auf dem etwas heruntergekommenen Anwesen zusammen. Hier am Rande des Ortes tagen sie und richten Feste nach dem "arteigenen Brauchtum" aus. Oft beschwerten sich Gäste über die holprige Zufahrt bei Nahtz, der im vergangenen Jahr für die NPD zur Landtagswahl antrat. Auf dem 1,8 Kilometer langen Weg soll so manche Stoßstange durch die Schlaglöcher beschädigt worden sein. Die Kameradschaft "Celle 73" verspricht nun eine "etwas komfortablere Anreise".

Auf ihrer Webseite nutzt die Kameradschaft um Dennis Bührig, der sich ebenfalls für die NPD zur Wahl stellte, auch gleich die Chance sich als jene zu gerieren die handeln und sich kümmern.

"Wider Erwarten", erklärt die Kameradschaft, soll die Gemeinde von dem Vorschlag, dass sie selbst die Schäden beheben wollten, "recht begeistert" gewesen sein. "So wurden 15 der etwa 30 Kubikmeter Mineralgemisch die von uns in die zahlreichen Schlaglöcher eingebracht wurden, seitens der Gemeinde bezahlt." Die Kameradschaft schwärmt von dem Arbeitseinsatz: "Das gemeinsame Schaffen von Werten" hätte Spaß gemacht und die Gemeinschaft gefördert.

Den Bericht der Kameradschaft kennt Berg. "Wir haben gehandelt wie in solchen Fällen üblich", sagt er und führt aus, sie müssten so auch handeln, weil den Weg auch andere Anwohner nutzen müssen. "Die Gemeinde musste ihrer Instandhaltungspflicht nachkommen", sagt Berg. [...]

von Andreas Speit, aus: taz, 18.06.2009

Proteste gegen Sonnenwendfeier

Am 20. Juni fand auf dem Hof des Altnazis Joachim Nahtz in Eschede zum wiederholten Male eine Sonnenwendfeier statt. Diesmal waren über 250 Nazis zu diesem sommerlichen Heidenritus erschienen, darunter erschreckend viele Kinder und Jugendliche, Beobachter_innen sprechen von ca. 40 – viele davon aus dem Landkreis! Wieder war es die Celler Kameradschaft 73, die für die Organisation verantwortlich war. Dass neben dem Feiern heidnischer Riten auch Vernetzung, Schulung und Koordination ein wichtiger Bestandteil solcher Treffen ist, zeigt sich daran, dass neben Kuchen- und Bierständen mit einem Informationsstand auch die Organisatoren des bevorstehenden Naziaufmarschs in Bad Nenndorf am 1. August anwesend waren und für ihren „Trauermarsch“ werben konnten.

Dieses Jahr fand als Gegenaktion eine Kundgebung vom Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus gemeinsam mit DGB Lüneburg/Celle statt, an der sich ca. 70 Personen beteiligten. Bei den Reden von DGB, VVN und Buntem Haus wurde gefordert, mit vielfältigen Ideen am Thema dran zu bleiben - und das Ziel der Aktionen in Eschede wurde genau formuliert: Die Treffen bei Nahtz müssen aufhören!



Nach der Kundgebung gingen die Teilnehmer_innen noch zu dem Haus, in dem vor knapp zehn Jahren Peter Deutschmann von zwei Escheder Jungnazis zu Tode geprügelt wurde. Dort wurde ein Gesteck niedergelegt.

Im Anschluss an die Aktionen von Forum und DGB führte der Escheder Kreis „Gemeinsam gegen Extremismus“ noch eine Andacht mit Johannisfeuer durch. Als Gast hatte man Klaus Burkhardt eingeladen, der schon zu Hetendorfer Zeiten hier im Landkreis gegen Nazis aktiv war. Dieser füllte die Andacht dann auch inhaltlich zu den Themen Nazis, Eschede, Peter Deutschmann und forderte, dass Escheder etwas tun müssen. Er gab die Anregung, für Peter Deutschmann einen Gedenkstein in Eschede zu errichten (siehe Interview mit Olaf Meyer, nächste Seite).

Verstärkte Mobilisierung erforderlich

?: Ein Ziel der Aktivitäten der Antifa in Eschede war/ist, die Escheder_innen wachzurütteln und dazu zu bewegen, aktiv gegen die Vorgänge bei Hof Nahtz vorzugehen. Ist das gelungen?

!!: Das ist leider noch nicht gelungen! Durch die beiden Demonstrationen im letzten Jahr ist es uns aber gelungen, das Thema im Ort und darüber hinaus überhaupt auf die Agenda zu setzen. Die Treffen finden nicht mehr ohne öffentliche Beobachtung statt. Im Vorfeld der diesjährigen Sommersonnwendfeier berichteten u.a. die WELT und die TAZ über die Nazitreffen in Eschede.

Nach der Antifa-Demo im Juni 2008 kam es dann auch im Ort selbst zu neuen Initiativen im Zusammenhang mit den Veranstaltungen auf dem Hof von Joachim Nahtz. Der „Arbeitskreis gegen Extremismus“ ist davon ein Ausdruck, auch wenn dieser sich auch gleichermaßen gegen „die Antifa“ ausspricht. Da liegt noch eine Menge Arbeit vor uns und das Ziel, dass viele verschiedene Menschen gegen die Vorgänge auf Hof Nahtz vorgehen, ist noch nicht erreicht. Eine bescheidene Grundlage ist dafür aber schon geschaffen worden.

?: Was ist an positiver Entwicklung zu sehen? Was wäre weiter nötig von Seiten von Antifa oder Celler Forum?

!!: Im Moment ist die Situation in Eschede noch so, dass verschiedene Akteure voneinander getrennt ihre Aktivitäten durchführen. Die antifaschistischen Demos wurden bisher als Störung des Dorflebens angesehen, während die Nazitreffen ignoriert werden, da sie außerhalb des Dorfes stattfinden. „Wir wollen den Rechten und linken Gegendemonstranten unsere Stadt nicht überlassen“, sagte Bürgermeister Günter Berg noch vor dem 20. Juni gegenüber der Deutschen Presseagentur und beschreibt damit die örtliche Situation anschaulich.

Hier gilt es nun anzusetzen und das bislang Trennende zu überwinden und Gemeinsamkeiten zu entwickeln. Diesmal fand in Ansätzen eine erste Koordination statt. So nahm z.B. der örtliche Pastor an der Kundgebung des DGB und Forums teil und im Gegenzug besuchten Vertreter_innen des DGB, Forums und der Antifaschistischen Aktion Lüneburg/Uelzen die Andacht mit Johannisfeuer, welche von Kirche und Lokalpolitik initiiert wurde.

Als nächstes sollten die verschiedenen Akteure an einem Tisch zusammenkommen. Dieser Runde Tisch sollte dazu dienen, dass sich alle Beteiligten einmal näher kennen lernen und sich über ihre Vorstellungen und Pläne austauschen. Hierbei sehen wir das Celler Forum in einer besonderen Rolle, da es langjährige Bündniserfahrung hat und diese in die Arbeit in Eschede einbringen kann. Antifa-Gruppen in der Region, aber auch in ganz

Niedersachsen müssen sich jetzt überlegen, wie sie weiterhin mit den Nazitreffen umgehen wollen. Die Möglichkeiten für autonome Antifa-Gruppen sind in Eschede sicherlich begrenzt, und es gibt kaum Erfahrungen mit antifaschistischer Arbeit auf dem Dorf. Hier gilt es ebenfalls Vorbehalte abzubauen und den Raum für antifaschistische Aktionen zu erweitern.

?: Warum hat die Antifa diesmal keine Demo durchgeführt? Womit ist in Zukunft von euch zu rechnen?

!!: Die Schwierigkeit für uns als organisierte Antifa Gruppe ist, dass es vor Ort selbst keine Antifa Gruppe gibt und wir mit unseren Aktionen als Ortsfremde von außen kommen. Deshalb gab es nach unseren beiden Demonstrationen im letzten Jahr einige Stimmen, dass die Demos keine „angemessene Form des Protestes“ seien und die Escheder_innen ihr „eigenes Schrittempo“ gehen wollen. Darauf wollten wir Rücksicht nehmen und so den Raum für andere Aktionsformen öffnen.

Nach der schwachen Beteiligung an den beiden Veranstaltungen am 20. Juni 2009 stellt sich natürlich die Frage, ob dieser Schritt zurück richtig war. Auch ohne eine Demo kam es zu keiner nennenswerten Vergrößerung der Aktivitäten aus dem Ort selbst.

Wie schon gesagt, halten wir ein gemeinsames Bündnis in Eschede für erforderlich, wo sich die unterschiedlichsten Leute und Gruppierungen wieder finden. Darüber hinaus müssen Aktionen und Veranstaltungen organisiert werden, die kontinuierlich stattfinden und in denen sich Viele wiederfinden. Die Anregung von Pastor Burckhardt, einen Gedenkstein für Peter Deutschmann zu errichten, halten wir hierbei für wegweisend.

Wir werden uns in der Zukunft weiterhin an den verschiedenen Aktionen im Landkreis Celle beteiligen und im Dezember wird es voraussichtlich wieder eine Antifa-Demo in Eschede geben. In der nächsten Zeit müssen wir unsere Informationsarbeit intensivieren und noch viel deutlicher die besondere Rolle des Hofes Nahtz herausstellen. Als erstes soll es ein Informationsblatt geben, das niedersachsenweit in antifaschistischen Zusammenhängen verteilt werden soll. Auch in Antifa-Kreisen gibt es noch Defizite bei der Einschätzung der Nazitreffen in Eschede. Um es nochmals deutlich zu sagen, der Hof von Joachim Nahtz hat sich zum wichtigsten Treffpunkt der norddeutschen Naziszene entwickelt und die Treffen sind auch wichtige Vernetzungstreffen der Nazi-Kameradschaften, mit mittlerweile internationalem Charakter. Um die Nazitreffen dort zu beenden, ist eine verstärkte Mobilisierung seitens der niedersächsischen Antifa-Gruppen erforderlich. Dafür zu sorgen, darin sehen wir eine unserer wichtigsten Aufgaben.

Celler Trialog beenden!

Vom 08. bis 10. Juli 2009 findet im niedersächsischen Celler das dritte Jahr in Folge der „Celler Trialog“ statt. Dieses „Diskussionsforum für Außen- und Sicherheitspolitik“ wird bereits als „nationales Pendant zur Sicherheitskonferenz“ (SiKo) in München gehandelt. Initiiert wurde das Treffen vom Aufsichtsratsvorsitzenden der Commerzbank, Klaus-Peter Müller, und dem Bundesministerium der Verteidigung, unterstützt durch die 1. Panzerdivision Hannover, welche den militärischen Partner des Trialogs repräsentiert. Genau wie die SiKo steht der Celler Trialog für Krieg, Ausbeutung, Aufrüstung und zunehmende Militarisierung der Gesellschaft.

Was ist der Celler Trialog?

„Als rohstoffarmes, exportorientiertes Land ist Deutschland auf Stabilität und Sicherheit angewiesen!“ (Celler Appell 2008) Im ersten Jahr 2007 wurden über 80 Teilnehmer_innen geladen, 2008 waren es bereits rund 120 einflussreiche Gäste aus Wirtschaft, Politik und Bundeswehr, die sich in der Celler Congress Union trafen. Die Bedeutung des Treffens zeigt schon ein kurzer Einblick in die Rednerlisten von 2007 und 2008:

Von Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung, Schirmherr Ministerpräsident Christian Wulff und den Initiatoren Klaus-Peter Müller und dem ehemaligen Kommandeur der 1. Panzerdivision, Generalmajor Wolf Langheld, über die Inspekture der Marine und des Heeres bis hin zum Generalinspekteur der Bundeswehr, General Wolfgang Schneiderhan, und Medienvertretern wie u.a. dem als Moderator auftretenden Chefredakteur der Griephan (global security) Redaktion, Heinz Schulte... Dies sind nur einige, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit unter dem Motto „Die Bundeswehr im Einsatz für unsere Sicherheit – Wirtschaft und Politik an der Seite der Bundeswehr“ das Ziel eines engeren Schulterschlusses vorantreiben.

Im Jahr 2009 werden zudem Innenminister Schäuble, der Vorsitzende der Münchener Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger und der General a.D. Klaus Naumann erwartet, der das aktuelle Strategie-Papier der NATO „Towards a Grand Strategy for an Uncertain world“ mit verfasst hat. [...]

Beim Celler Trialog handelt es sich nicht nur um hohle Floskeln es werden reale Absprachen getroffen und Maßnahmen ergriffen, die im so genannten „Celler Appell“ aus dem Jahr 2008 zusammen gefasst sind:

„1. Zur Vertiefung des Dialogs zwischen Bundeswehr und Gesellschaft sollen künftig einmal im Jahr auf einem nationalen Forum, im Rahmen des Celler Trialogs [...] weitere Schritte beschlossen werden. Damit wollen wir allen Entscheidungsträgern in Wirtschaft, Politik und Bun-

deswehr Impulse für die vertiefte sicherheitspolitische Diskussion geben.

2. Wir starten eine Initiative insbesondere zur Förderung der Reservisten in Industrie und Wirtschaft, zur Vertiefung der persönlichen Kontakte und zur Intensivierung der zivilmilitärischen Zusammenarbeit. [...]

3. Darüber hinaus wollen wir aktiv darauf hinwirken, dass der sicherheitspolitische Dialog auch in Forschung und Lehre, insbesondere an unseren Hochschulen, gestärkt wird, z.B. durch die Einrichtung von Stiftungsprofessuren und durch einen dauerhaften, praxisorientierten und wissenschaftlichen Austausch zwischen Wirtschaft und Bundeswehr.“ (Celler Appell 2008)

Den hohen Gästen wird neben inhaltlicher Diskussion in der Congress Union Celler ein militärisches Rahmenprogramm geboten. Dazu gehörten in den letzten Jahren Konzerte mit militärischem Ritual (Serenade) vom Heeresmusikcorps 1 der Bundeswehr vor dem Celler Schloss und der Besuch des Truppenübungsplatzes Munster, wo einige hundert Soldat_innen der 1. Panzerdivision für die Herren vom Celler Trialog ein wohl beeindruckendes Aufstandsbekämpfungsszenario inszenierten. Am Rande eines zunächst friedlichen Dorfes mussten sie plötzlich von Feldjäger_innen in Riot Gear (Schutzkleidung) vor einer randalierenden Menge (als Aufständische verkleidete Soldat_innen) gerettet werden. [...]

Sa., 4. Juli 2009, 14 Uhr
Demonstration
Beginn: Heeseplatz

Krieg nach Innen und Außen

Der Celler Trialog ist Teil einer fortschreitenden Militarisierung der Gesellschaft – und auch der zunehmend kriegerischen Außenpolitik. „Seit der Wiedervereinigung nimmt Deutschland eine gewachsene internationale Verantwortung wahr. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr sind Ausdruck dieser größeren internationalen Rolle als Beitrag Deutschlands zu Frieden und Sicherheit in Europa und der Welt.“ Celler Appell 2008.

Eine Armee, die heute weltweit interventionsfähig sein will, muss eine andere sein, als eine, die in den Krieg gegen den Warschauer Pakt ziehen wollte. Aus diesem Grund bauen NATO und EU seit Jahren schnell einsetzbare Eingreiftruppen („Quick Reaction Forces“ QRF) auf. Dem entsprechend wurde die Bundeswehr von einer formal auf Verteidigung ausgelegten Armee zu

einer weltweit einsatzfähigen Interventionsarmee transformiert, sprich umgebaut.

Mitinitiatorin des ersten Celler Trialogs 2007 ist die 1. Panzerdivision Hannover, die laut ihrem Selbstverständnis die „Speerspitze des deutschen Heeres“ ist. Seit der Transformation der Bundeswehr ist sie „vor allem für einen Einsatz hoher Intensität gegen einen vorwiegend militärisch organisierten Gegner optimiert.“ Das heißt, sie führt Kampfeinsätze durch. Momentan sind 4.500 Soldat_innen der 1. Panzerdivision im Auslandseinsatz. [...]

Bundeswehreinätze im Innern gehören heute nicht mehr zur Ausnahme, gefordert wird z.B. seitens CDU/CSU in ihrem „Gesamtkonzept Sicherheit“ seit 2004 sogar eine Änderung des Artikels 35 Grundgesetz, also eine Ausweitung der Aufgabengebiete der Bundeswehr im Innern über „Amtshilfe“ hinaus hin zum so genannten „Heimatschutz“. Unter den Schlagwörtern „Vernetzte Sicherheit“ und „zivilmilitärische Zusammenarbeit“ (ZMZ) werden seit 2007 u.a. flächendeckend „Verbindungskommandos“ aufgebaut, die in „Krisensituationen“, in denen laut Klaus-Peter Müller z.B. die „Funktionsfähigkeit des Finanzsystems“ als bedroht gilt, die bestehende Gesellschaftsordnung und speziell so genannte „kritische Infrastruktur“ vor anbrechenden Katastrophen schützen sollen. [...]

Wenn es also „im schlimmsten Fall [...] zu einem Run auf die Bankschalter und zum Zusammenbruch der gesamten Geld- und Währungsordnung“ kommt, ist die Commerzbank laut Klaus-Peter Müller gut vorbereitet: „Im Rahmen der militärischzivilen Zusammenarbeit ist einer unserer Mitarbeiter im Range eines Majors der Reserve, einer von drei Offizieren des Kreisverbindungskommandos Frankfurt, das bei Krisen die Unterstützung der Bundes-

wehr organisiert.“ [...]

Beim Celler Trialog werden geostrategische Ausbeutungs- sowie Machtinteressen des deutschen Kapitals konkretisiert. Die so genannte „vernetzte Sicherheit“ ist Klaus-Peter Müller zufolge für deutsche Unternehmen unverzichtbar: Die Wirtschaft der rohstoffarmen BRD sei importabhängig, sei angewiesen auf freie Märkte und vor allem auf uneingeschränkte Zugänge zu Rohstoffen und Energiereserven. „Über die Hälfte der weltweit produzierten metallischen Rohstoffe [stammen] aus politisch instabilen Ländern“, weshalb Unternehmen oft hohe Kosten zur Schadensabwehr investieren müssten – quasi als „Versicherung gegen Terroranschläge“. [...]

Celler Trialog beenden!

Jährlich protestieren Tausende gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München, während der Celler Trialog als nationales Gegenstück bisher weitgehend unbeachtet blieb. Damit ist jetzt Schluss! Das neu gegründete „Bündnis gegen den Celler Trialog, Militarismus und Krieg“ ruft in diesem Jahr zu vielfältigen Aktionen gegen den Celler Trialog auf. [...]

Bündnis gegen den Celler Trialog, Militarismus und Krieg
[www.:cellertrialog.blogspot.de](http://www.cellertrialog.blogspot.de)

Unterstützt durch:

AK Antimilitarismus libertäres Netzwerk Alerta! Hannover, Aktionsgruppe für den Aufbau der 3. Reihe Frankfurt/M., Antimilitarismus Gruppe Celle [AMG], Attac Hannover, Antifaschistische Aktion Celle [AAC], Antifaschistische Aktion Hameln/Pyrmont, Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen, Bundeswehr wegtreten! Köln, Bundesweite Attac AG Globalisierung und Krieg, Die Linke Kreisverband Celle, Friedensbüro Hannover, Informationsstelle Militarisierung (IMI), Nein zum Kriegsflughafen! Leipzig/Halle, Revista Celle, Rote Aktion Kornstraße (RAK), Solid Celle, Solid Hannover, Solid Niedersachsen...



DEUTSCHLAND KRIEG

VERSCHIEDENE ASPEKTE EINER
ZUNEHMEND MILITARISIERTEN
GESELLSCHAFT

DER VERSUCH EINES ÜBERBLICKS ANHAND DES CELLER TRIALOGS

„Deutschland im Krieg - verschiedene Aspekte einer zunehmend militarisierten Gesellschaft!“

lautet der Titel der zum TRIALOG erschienenen Broschüre des AK Antimilitarismus im libertären Netzwerk Alerta! Hannover und der Antimilitarismus Gruppe Celle [AMG].

Für zwei Euro kann man die Broschüre im Infoladen im Bunten Haus oder (wird noch nachgefragt) im Weltladen käuflich erwerben oder kostenlos downloaden unter:

<http://antimilitarismus.blogspot.de/images/broschreweb.pdf>

Die Texte finden sich im Internet auch unter
<http://cellertrialog.blogspot.de/texte/>

Beim Geld abheben – erschossen?

Die Commerzbank weiß, wie sie durch die Wirtschaftskrise kommen will: Sie setzt auf militärische Stärke. Die Idee kommt von einem engen Berater der Kanzlerin.

Welche Freude: die in tiefroten Zahlen sitzende Commerzbank sagt für die Hauptversammlung an diesem Freitag ihren Aktionären eine rosige Zukunft voraus. Bis zum Jahr 2012 wird sie, das ist gewiss, wieder zwölf Prozent Rendite machen. Und im Privatkundengeschäft will sie Ackermann von der Deutschen Bank sogar mit 30 Prozent Rendite übertreffen.

Dafür danken wir Steuerzahler recht herzlich. 18,2 Milliarden Euro haben wir der gierigen Großbank unter der Peitsche des gegen nahezu jedermann strengen Finanzministers Steinbrück in den Schlund geschoben. Weitere Milliarden müssen folgen, wenn demnächst ihre hemmungslose Expansion nach Osteuropa unter der Krise zusammenbricht. Aber der Commerzbank kann nichts passieren. Sie ist die systemische Bank schlechthin. Sie ist das, was diesen Staat im Inneren zusammenhält: Sie ist die Militärbank der Bundesrepublik Deutschland.

Acht Wochen nach der öffentlichen Hauptversammlung findet vom 8. bis zum 10. Juli mehr im Verborgenen das wichtigere Ereignis statt: der Celler Trialog zwischen Wirtschaft, Banken und Bundeswehr. Ausgerichtet von der 1. Panzerdivision und unter Führung der Commerzbank treffen sich nun schon zum dritten Mal „hochkarätige“ Führungskräfte aus Politik, Wirtschaft und Bundeswehr, um die bundesdeutsche Gesellschaft militärisch zu durchdringen.

Initiator des Ganzen ist der ehemalige Vorstandssprecher und nunmehrige Aufsichtsratsvorsitzende der Commerzbank, Klaus-Peter Müller, ein enger Ratgeber der Bundeskanzlerin. Er weiß, um was es geht: Die „Mannschaftsleistung der Bundeswehr“ verdiene mehr Wertschätzung, mehr Unterstützung – ideell, „aber auch materiell!“ Schließlich erfordere der Bau eines Autos heute allein 40 Rohstoffe. Und zu deren Sicherung weilt die Bundeswehr am Hindukusch.

Mit dem Celler Trialog wurde auch eine „Initiative zwecks Förderung der Reservisten in Industrie und Wirtschaft“ zur „Intensivierung der zivil-militärischen Zusammenarbeit“ gestartet. Was sich da alles tun lässt, das hat Klaus-Peter Müller – er ist selbst auch Oberstleutnant der Reserve und Träger der höchsten Auszeichnung („Ehrenkreuz in Gold“) – in einem vertraulichen Briefing für Generale und Offiziere der Bundeswehr vor der Führungsakademie der Bundeswehr erläutert.

Das war noch vor dem Ausbruch der Finanzkrise. Doch der enge Vertraute von Angela Merkel kann für

sich das Verdienst in Anspruch nehmen, erkannt zu haben, wie „besorgniserregend“ schon im Januar 2007 das „Wohl und Wehe der Vereinigten Staaten von der Bereitschaft weltweiter, vor allem asiatischer Investoren abhängt, ihr Geld in den USA anzulegen“. Jetzt ist die Krise da, und die Chinesen wollen sich inzwischen von der Leitwährung Dollar verabschieden.

Müller regte damals vor der Führungsakademie Vorkehrungen gegen soziale Unruhen an, er warb für eine noch engere Zusammenarbeit in Zeiten, in denen die „Funktionsfähigkeit des Finanzsystems“ bedroht ist. Der Ehrenkreuzträger vor den Generalen der Führungsakademie seinerzeit ahnungsvoll: „Im schlimmsten Fall kommt es zu einem Run auf die Bankschalter und zum Zusammenbruch der gesamten Geld- und Währungsordnung.“



Dafür hat der Reserve-Oberstleutnant an der Spitze der Commerzbank vorgesorgt: „Im Rahmen der militärisch-zivilen Zusammenarbeit ist einer unserer Mitarbeiter im Range eines Majors d. R. einer von drei Offizieren des Kreis-Verbindungskommandos Frankfurt, das bei Krisen die Unterstützung der Bundeswehr für die Stadt Frankfurt koordiniert.“

So zahlen wir mit unseren 18,2 Milliarden auch dafür, dass wir von der Bundeswehr erschossen werden, wenn wir im Fall der verschärften Krise zum Bankschalter rennen, um das Geld abzuheben, das wir einmal bei der Commerzbank eingezahlt haben – leichtsinnigerweise.

Quelle: Der Freitag 20, 14.05.2009

Otto Köhler Jahrgang 1935, war Kolumnist beim *Spiegel* und Redakteur bei *Konkret*. Er arbeitete für den WDR und die *Zeit* und ist langjähriger Autor des *Freitag*.

Foto: Bundesverteidigungsminister Jung beim Trialog 2008..

Der Letzte macht das Licht aus



Eine menschenleere Celler Innenstadt im frühen Morgenrauen. Fünf Laternen stehen beieinander und beginnen ein Gespräch.

Oma Lilo: Erst WARG, jetzt KARSTADT. Langsam kriege ich das Gefühl, wir bringen Unglück über diesen Platz.

Der lange Lulatsch: Schnickschnack.

Die Dicke: Nicht Schnickschnack, Schickedanz, Madeleine – Vor zwei Jahren mit 5,5 Milliarden US-Dollar noch auf Platz 16 der Liste der reichsten Deutschen. Jetzt schwer abstiegsgefährdet. Aber wie *Forbes* im März schrieb: „*The richest people in the world have gotten poorer, just like the rest of us.*“

Der Besserwisser: Genau: Just like the rest of us.

Klein Jonas: Die armen Reichen.

Der lange Lulatsch (grinst): Das wird hart in St. Moritz, aber KARSTADT gibt's da ja schon heute nicht.

Die Dicke: Oskar Negt hat ja das Verhalten von Unternehmen und Regierung in der Wirtschaftskrise kritisiert. Wenn selbst Milliardäre Sicherheiten verlangten, enthülle dies zugleich die – Zitat - "*Unfähigkeit dieses Kapitalismus, die Gesellschaft vernünftig zu organisieren, wie sich kein radikaler Linker das vorher hat vorstellen können.*"

Der Besserwisser: Oh Oskar, auf welchem Stern lebst du? Aber wahrscheinlich verliert man als C4-Professor den Überblick. Armut und Umweltzerstörung muss man sich nicht „vorstellen“, es reicht eigentlich die Augen auf zu machen – und das seit 200 Jahren.

Die Dicke: Aber kippt nicht wirklich was? „*Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktion herrscht, erscheint als eine ungeheure Warensammlung*“, schrieb ja Herr Marx. Bei uns hier sinnlich erfahrbar seit 80 Jahren im Warenhaus Karstadt. Und damit soll's nun zuende sein.

Klein Jonas: Schritt für Schritt: erst das Living-House, dann die Lebensmittelabteilung, und jetzt ...

Der lange Lulatsch: Die werden den Klotz schon nicht abreißen; obwohl: Wär's schade drum? Nee aber im Ernst: Was da abläuft ist doch eine normale „Marktberreinigung“. Am Ende wird Metro der Krisengewinnler sein und Celle hat halt einen Kaufhof statt Karstadt und mit ein bisschen Glück kriegen die Elektronik-Fans noch einen Saturn-Markt dazu.

Die Dicke: Für die Kunden vielleicht egal, aber den Beschäftigten nimmt die Insolvenz ja jeglichen Schutz. Deshalb hätte man ja vielleicht doch mit Staatshilfen operieren sollen. Das wollten doch sogar DIE LINKEN.

Oma Lilo: Und streiten sich in Bremen jetzt deshalb wie die Kesselflicker. Wahlen lassen sich als Kapitalismus-Rettungs-Kommando scheinbar nicht gewinnen. Die Leute, ihr habt's ja gehört, sind schon

stinkig darauf, dass für die Vermögensvermehrung der Reichen jetzt auch noch die Gelddruckmaschinen angeschmissen werden.

Der Besserwisser: Aber es ist ja auch absurd: Da finden die so genannten Linken nicht mehr den Kapitalismus kritikwürdig, sondern seine Krisen; also jene Phasen, in denen sich das Ausbeuten nicht mehr lohnt und in denen sich Firmen dadurch retten, dass sie das Produzieren zurückfahren oder einstellen, massenhaft Arbeitskräfte brachlegen und den Lebensprozess des Gemeinwesens abwürgen. Dass der Kapitalismus mit schöner Regelmäßigkeit Krisen hervorbringt, die auf dem Rücken der lohnabhängigen Bevölkerung ausgegossen werden, ist weder Zufall noch Versagen, sondern ein "Strickfehler".

Der lange Lulatsch: Aber ob sich die Beschäftigten im Besitz dieser Wahrheit besser fühlen, wenn sie in zwei Jahren ihren Hartz-IV-Antrag ausfüllen?

Der Besserwisser: Immerhin würden sie nicht Seit' an Seit' mit Pappschildern rumstehen, die ihre Chefs haben fertigen lassen: „*Ohne Karstadt stirbt die Innenstadt.*“ Warum besinnen sie sich nicht auf ihr Interesse?

Die Dicke: Und das wäre?

Der Besserwisser: Na jedenfalls nicht das von Karstadt. Dem Konzern haben sie dummerweise, wie ihnen jetzt klar sein sollte, in den vergangenen Jahren unnütz Geld geschenkt – und da die Rendite trotzdem nicht stimmt, werden sie jetzt rausgeschmissen. Denn selbstverständlich führt die Insolvenz unterm Strich zu Entlassungen.

Der lange Lulatsch: Eine hat bei dieser merkwürdigen Menschenkette ums Kaufhaus auch in der Richtung gemeckert. Bei der ersten Konzernrettungsrunde im Jahr 2004 hätten Konzernleitung und ver.di den Abbau von 5500 Stellen vereinbart und einen drei Jahre dauernden Verzicht auf Lohnerhöhungen. Von „*schmerzhaften, aber notwendigen Einschnitten*“ habe die zuständige Gewerkschaftsfunktionärin geredet und gesagt, dies sei es aber wert, weil man dadurch 100.000 Menschen die Angst um ihren Arbeitsplatz nehme.

Klein Jonas: Apropos „retten“ - Ich würde ja so gern mal in einen richtigen Weltenretter-Film – „Terminator 4 – Salvation“.

Die Dicke: Naja – ist ja auch ein Zeitkommentar, wenn James Cameron jetzt den Helden sagen lässt: *"Something has changed. This is not the future my mom was talking about."*

Der lange Lulatsch: Besser zu unserm Thema passt aber doch dieser Dialog zwischen dem jungen Connor und Arnie aus T2. John Connor: *You gotta listen to the way people talk. You don't say "affirmative" or some shit like that. You say "no problemo." And if someone comes on to you with an attitude you say "eat me." And if you want to shine them on it's "hasta la vista, baby."* The Terminator: *Hasta la vista, baby.*

Klein Jonas: Hasta la vista, baby.

Ein leicht gebückter, kleiner Mann, über seiner Oberlippe sitzt ein dürres Bärtchen, die Augen sind zu zwei Schlitzen gepresst – er schleicht an den Laternen entlang und summt: *„I feel a change comin' on / and the fourth part of the day's already gone.“*



Landkreisverwaltung

Kaum Daten über Erneuerbare

Die Fraktion DIE LINKE/BSG hat im Juni mit einer umfangreichen Anfrage die Kreisverwaltung gebeten, ihren Kenntnisstand über die Entwicklung erneuerbarer Energien im Landkreis offen zu legen. Das Ergebnis war dünn. Nur dort, wo man als Genehmigungsbehörde eingeschaltet war, liegen Daten vor – also im wesentlichen bei Windkraft- und Biogasanlagen. Über Sonne, Wasser und Holz gibt es kreisseitig praktisch keine Erkenntnisse. Weder über Energieproduktion, noch über Stromverbrauch im Landkreis konnte Auskunft gegeben werden. Verwiesen wird in den Antworten auf die SVO. Dort ist der Landkreis mit 18,8 % Anteilseigner, aber für mehr als die Rendite scheint man sich nicht zu interessieren.

Kurz zu dem, was man weiß:

Windkraft: „Im Landkreis Celle wurden seit 2000 bis heute 88 Windkraftanlagen (WKA) mit einer Gesamtleistung von 139,18 MW genehmigt. [...] Zwei WKA mit einer Leistung von 4 MW sind beantragt.“

Holz: „Der Landkreis Celle betreibt seit September 2000 eine Holz hackschnitzelheizanlage mit gasbefeuertem Spitzenlastkessel in der Schulanlage Wathlingen mit einer Kesselgesamtleistung von 1050 kW. [...] Vom Landkreis Celle selbst wird im Schulzentrum Burgstraße, Celle, zurzeit mit Mitteln des Konjunkturpaktes II eine Pellet befeuerte Heizungsanlage mit Gasspitzenlastkessel geplant und errichtet. Die Kesselgesamtleistung wird etwa 1300 kW betragen.“

Biogas: „Im Landkreis Celle (ohne Stadt Celle) wurden seit 1999 32 Biogasanlagen mit einer installierten Gesamtleistung von ca. 17 MW genehmigt. Von diesen Anlagen sind zurzeit 2 Anlagen im Bau. [...] Aus der Zeit vor 1999 existiert eine Anlage. (0,36 MW) Im Gebiet der Stadt Celle befinden sich 5 Anlagen mit einer installierten Gesamtleistung 2,5 MW. [...] Insgesamt sind im Landkreis (mit Stadt Celle) damit 38 Anlagen genehmigt: 36 werden betrieben, 2 weitere werden voraussichtlich kurzfristig den Betrieb aufnehmen.“

Nazi-Outing in Hermannsburg

Mitte Mai outeten Antifaschist_innen den in der Hermannsburger Billingstraße wohnende Thomas M. als Neonazi. Mit Flugblättern wurde auf seine Zugehörigkeit zur Szene der extrem gewaltbereiten „Autonomen Nationalisten“ hingewiesen. Nach Recherchen der Antifa pflegt er Kontakte zur „Kameradschaft 73“ aus Celle, den „Snevern Jungs“ aus Schneverdingen und ist häufiger Gast auf dem Hof Nahtz in Eschede. - Über diese lokalen Kontakte hinaus sei Thomas Marquard regelmäßiger Teilnehmer bei faschistischen Aufmärschen.

Die Antifaschist_innen begründeten die „Outing-



Wasser: „Es sind 9 Wasserkraftwerke im Landkreis Celle bekannt. Eine Anlage davon liegt auf dem Gebiet der Stadt Celle. Es liegen keine Angaben zu deren elektrischer Leistung vor.“

Bürgercontracting: „Der Landkreis Celle ist bereits Vertragspartner für Bürgersolaranlagen. Auf den Dächern der Schulanlage Altenhagen (Berufsbildende Schulen I und IV Celle) sind 4 Photovoltaikanlagen mit einer Fläche von insg. 320 m² und einer Leistung von 40,48 Kilowattpeak (kWp) installiert. Weitere Anlagen sind bereits vertraglich vereinbart und in Planung. Die Eignung anderer Objekte wird geprüft. Bei Bürgersolar- und -windparks handelt es sich um Anlageprojekte. Wegen des damit verbundenen Anlagerisikos kann der Landkreis solche Projekte nicht unterstützen.“

Fragen und Antworten können in Gänze eingesehen werden auf der Seite des Celler Forum gegen Atomenergie www.anti-akw-celle.de

Zu diesem Thema siehe auch das Interview mit Jan Bonorden auf den Seiten 14-15.

Aktion“ vor allem mit einem Vorfall von Ende März, als Thomas M. und weiteren Neonazis aus der Umgebung Jugendliche vor dem „Kaffegarten“ in Sülze angriffen. Dabei habe M. als einer der Angreifer einen Jugendlichen mit einem Messer attackiert. (siehe revista 43).

„Ein dermaßen gefährliches Verhalten darf nicht verschwiegen werden! Schließlich ist es gerade die fehlende Öffentlichkeit, die Neonazis dazu bringt, sich immer sicherer in ihrem Auftreten und ihren Methoden zu fühlen“, heißt es im verteilten Flugblatt.

Aus: PM der Antifaschistischen Aktion Celle [AAC] vom 19.05.09; mehr Infos unter: <http://de.indymedia.org/2009/05/251126.shtml>

Vom städtischen Umgang mit „Randgruppen“

Welches städtische Gebäude liegt am weitesten entfernt vom Stadtkern? Das so genannte Flüchtlingswohnheim in Celle. Nachdem 2003 die Unterkunft in der Harburger Straße durch einen Brand unbewohnbar geworden war, kaufte die Stadt einen zum ehemaligen Bundeswehrgelände gehörenden Wohnblock in Scheuen. Rund 40-50 Flüchtlinge sollten dort untergebracht werden. Der Nds. Flüchtlingsrat kritisierte dies seinerzeit als „Isolation und Ausgrenzung von Flüchtlingen“.

Vollständig belegt war die Unterkunft nie. Angesichts der rigiden europäischen Abschottungspolitik gegenüber Asylsuchenden, waren Mitte letzten Jahres gerade noch neun Personen dort gemeldet, im Frühjahr diesen Jahres ganze sechs. Eine gute Gelegenheit, das ganze inhumane Projekt aufzugeben und die verbliebenen Flüchtlinge in normalen Wohnungen unterzubringen. Und das forderte die Bündnisgrüne Ratsfraktion auch mit ihrem Antrag vom 21. April 2009. Nur bevor dieser Antrag überhaupt beraten wurde, hebelte ihn die Verwaltungsspitze aus: Im Sozialausschuss informierte man am 4. Juni darüber, dass man künftig auch Obdachlose in Scheuen unterbringt. Der Widerspruch im Ausschuss blieb eher schwach. Und dies, obwohl die Verwaltung mit dieser Entscheidung gesetzliche Vorgaben zur Re-Integration Obdachloser offensichtlich konterkariert.

Das Sozialgesetzbuch XII verlangt von Kommunen, dass für „Personen, bei denen besondere Lebensverhältnisse mit sozialen Schwierigkeiten verbunden sind, [...] Leistungen zur Überwindung dieser Schwierigkeiten zu erbringen“ sind: Beratung und persönliche Betreuung, Hilfen zur Ausbildung, Erlangung und Sicherung eines Arbeitsplatzes sowie Maßnahmen zur Beschaffung einer Wohnung. Keine der Institutionen, die in diesem Sinne tätig werden könnten, hat eine „Zweigstelle“ in Scheuen. Konsequenz: Von den Betroffenen wird eine Mobilität erwartet, die sie ohne Auto und Fahrrad kaum herstellen können.

Und die Ausstattung des ÖPNV in Celle macht die Lage der Unterkunft in Scheuen praktisch zu einem Knast für Freigänger; denn um 19 Uhr fährt der letzte Bus – und beim AST-Verkehr wird's dann wieder kostenträchtig. Und schon bei den normalen Fahrkosten, fragt sich für Obdachlose: Woher nehmen?

Warum also will die Stadt jetzt auch noch die Obdachlosen an den Stadtrand abschieben? Die Verwaltung argumentiert nicht von der Aufgabenstellung des Gesetzes, sondern von einem „Engpass an Unterkünften“ her. In der jüngeren Vergangenheit wurden der Marthahof aufgegeben und Wohncontainer an der Steinfurth abgebaut. Jetzt werden auch Gebäude in der Neustadt abgerissen und an anderen Objekten sind Re-

novierungsarbeiten erforderlich. Aber: Das Gesetz verlangt kein effizientes Gebäudemanagement sondern „Maßnahmen zur Überwindung von Schwierigkeiten“.

Nebenbei wird auch ein kleiner Skandal vertuscht. Der Landkreis Celle ist verpflichtet, den Kommunen die Unterkunftskosten für Asylbewerber zu erstatten. Auf dieser Grundlage zahlte er der Stadt seit 2004 eine jährliche Miete von knapp 150.000 Euro, also bei einer Vollausslastung von 3333 Euro jährlich pro Person. Vom Land Niedersachsen wiederum bekommt der Landkreis 4270 Euro pro Person erstattet. Das wäre kein schlechtes „Geschäft“ gewesen. Doch um genaue Abrechnungen kümmerte sich scheinbar niemand. Wie Kreistagsabgeordnete berichten, habe sich durch die niedrige „Auslastung“ in den vergangenen Jahren so ein Erstattungsanspruch von gut 90.000 Euro gegenüber der Stadt ergeben. Deshalb seien die Zahlungen für das Flüchtlingswohnheim seit Mitte 2008 ausgesetzt. – Ein irgendwie geartetes Controlling hat es scheinbar schlicht nicht gegeben, für die tatsächlichen Kosten und Belegungszahlen hat sich niemand interessiert. Das eigentliche Ziel die Flüchtlinge betreffend lautete ja ohnehin: Aus den Augen, aus dem Sinn.



Dem Scheuener Ortsrat wurde versichert, im Gebäude würden zwei Trakte für Asylbewerber und drei für die Obdachlosen zur Verfügung gestellt werden. – Blauäugig verspricht die Verwaltungsspitze, so könnten Konflikte zwischen den unterschiedlichen Personengruppen vermieden werden. Denn das kommt hinzu: Eine Erfahrung von Sozialarbeit ist, dass es fast nie ohne Probleme abgeht, wo Asylbewerber und Obdachlose unter ein Dach gesteckt werden. – Eine weitere Erfahrung ist: Wo Obdachlose in derartige „Heime“ zwangsweise eingewiesen werden, verfestigt dies ihre Situation – jeder Arbeitgeber wird nach kurzer Zeit wissen, woher ein Bewerber aus der Fritzschstraße in Scheuen tatsächlich kommt.

Die Alternative einer dezentralen Unterbringung in Wohnungen der städtischen WBG wurde scheinbar nicht einmal geprüft.

Wiswe ignoriert Elternwillen

Es war eigentlich klar: Große Teile der CDU und Landrat Wiswe wollen keine Kooperative Gesamtschule. Und genauso klar ist: In Winsen, Bergen und Wathlingen wollen große Teile der Elternschaft dieses Modell. Es stellt wahrlich das System nicht auf den Kopf, sondern zementiert es in gewisser Weise sogar. Aber mit einer KGS gäbe es einen gymnasialen Zweig in den Gemeinden und würde dort die Chancen der Schüler_innen aufs Abitur deutlich verbessern. Denn beim heutigen Unterrichtsaufkommen sind Fahr Schüler_innen eindeutig benachteiligt. Die Statistik belegt dies: Wer in Bergen wohnt, hat deutlich schlechtere Chancen zu einem gymnasialen Abschluss zu kommen als die Celler Schüler_innen. Das wird sich mit dem so genannten "Turbo-Abi" noch verschärfen.

Angesichts der auch aus Reihen der CDU (in Winsen und Bergen) gestützten KGS-Forderung, musste die Kreisverwaltung schließlich eine Umfrage unter den Grundschulleitern durchgeführt. Das Ergebnis bestätigt den vermuteten Eltern-Wunsch nach einer KGS, d.h. nach einem gymnasialen Zweig vor Ort. Doch mit einer kaum nachzuvollziehenden Dreistigkeit rechnet Wiswe dieses Bedürfnis klein. Einzig in Celle könne auf Grund der Ergebnisse eine solche Schulform eingerichtet werden. Ein durchschaubarer Schachzug, der aber seine Wirkung zeigte. Die ins Gespräch gebrachte Zusammenlegung von Hölty-Gymnasium und RS Auf der Heese zu einer KGS wurde insbesondere vom Hölty (Lehrer, Eltern und Schüler) abgelehnt. Was absolut nicht erstaunlich ist. Warum sollten sie sich um eines "übergeordneten Bedürfnisses" willen um ihren vermeintlichen Platz an der Sonne bringen lassen?



Aber in Celle brächte die Mogelpackung "Kooperative Gesamtschule" sowieso kaum eine Verbesserung der schulischen Landschaft. Anders in Winsen, Bergen oder Wathlingen. Und dort hilft dem Schulträger, nämlich der Verwaltungsspitze des Landkreises, nur eine skandalöse "Interpretation" der Befragung. Nehmen wir um der Eindeutigkeit willen das Beispiel Winsen:

In einem Schreiben an die Kreistagsabgeordneten teilte der Landrat mit: „Das Bedürfnis ist zu bejahen, wenn über einen **14-jährigen Planungszeitraum** hinweg für eine KGS mindestens **24 Schüler/innen im HS-Zweig**, **27 Schüler/innen im RS-Zweig** sowie **54 Schüler/innen im Gym-Zweig**, also zusammen **105 Schüler/innen pro Jahrgang**, an einem Standort nachweisbar sind.“

Bei der Auswertung der Fragebögen ergab sich: Neben Celle erfüllte auch der Standort Winsen mit einem Mittelwert in den Jahrgängen 1 bis 3 von **164 pro Jahrgang** im zunächst dreijährigen Betrachtungszeitraum die schulplanungsrechtlichen Voraussetzungen.

Damit hatte Wiswe ein echtes Problem. Deshalb wurde folgende Rechnung aufgemacht: Zunächst einmal nahm man nur die so genannten "Rückläufer", d.h. den Willen der Eltern zur Kenntnis, die sich für eine KGS in Winsen ausgesprochen haben – und das waren 164 von 320. Von den insgesamt ausgegebenen Fragebogen im Landkreis kam gut ein Viertel ausgefüllt zurück; in Winsen war es fast die Hälfte. Daraus allein ließe sich ein "Bedürfnis" herleiten, und auch dass bei Einrichtung einer KGS das Interesse höher liegen dürfte als bei jenen 164 – nur: Die ganzen weiteren Berechnungen beziehen sich ausschließlich auf diese Zahl. Da sich der Planungszeitraum auf 14 Jahre erstrecken soll, rechnet man einen Geburtenrückgang ein und kommt zum gewünschten Ergebnis: „Bereits mittelfristig, nämlich bezüglich des Jahrgangs 2007/08, könnte eine KGS dort [in Winsen] die nötige Schülerzahl im HS- und im Gym-Zweig nicht mehr erreichen. Zum Ende des Planungszeitraums wird es sogar ganz unabhängig von Übergangsquoten an der Grundvoraussetzung für die Errichtung einer KGS fehlen, weil dann statt der mindestens erforderlichen 105 nur noch 98 Schüler/innen für eine solche Schulform zur Verfügung stehen werden.“

Was die Verwaltung da zusammenrechnet, ist in höchstem Maße manipulativ, weil diverse "störende" Faktoren schlicht außer Acht gelassen werden (z.B. den möglichen Zuzug wegen einer KGS). Um dies deutlich zu machen, nur eine Zahl: Hätten sich weitere 13 der 320 Eltern in Winsen für eine KGS ausgesprochen, hätte die Rechnerei nicht das erwünschte Ergebnis gebracht. So aber lautet das Fazit des Landkreises, dass als möglicher Standort nur die Kreisstadt bliebe: „Jeder andere Standort wäre nicht genehmigungsfähig.“

Und so stimmten in der Kreistagssitzung am 12.06. dann in geheimer Abstimmung 30 (gegen 26) gegen eine KGS in Winsen, 33 (gegen 23) gegen eine in Bergen und 39 (gegen 17) gegen eine am Standort Celle – jeweils bei einer Enthaltung.

Bildungspolitik beweist: Celler CDU weiter unfähig zur Erneuerung

Wer meint, dass die hiesige CDU in Stadt und Landkreis um die KGS eine Posse aufführt, der irrt. So ist sie eben, die CDU. Es waren nicht die schicken Kleider der Frau Schmitt, die die Wahlniederlage bei der OB-Wahl verursacht haben. Es war der Mief in den Köpfen über den Kleidern. Man rettet die Dreigliedrigkeit in der Bildung um jeden Preis, selbst um den Preis, sich lächerlich zu machen, vorgeführt zu werden. Man rettet die Vorstellung einer Dreiklassengesellschaft, wenn es nun schon nicht möglich ist, das Dreiklassenwahlrecht wieder einzuführen, eine Honoratiorengesellschaft zu bewahren, sollen wenigstens die Chancen der eigenen Kinder geschützt werden. Das ist Ordnungspolitik im Bildungsbereich.

Gut, es gibt wenigen, besonders „Begabten“ die Chance, aufgenommen zu werden in den Honoratiorenstadel. Es gibt etwas Stipendien, Tendenz fallend. Es gibt die Möglichkeit, die Studiengebühren auf Kredit zu bekommen. Man erschwert den Besitzlosen den Zugang nur. Man verhindert ihn nicht vollständig. Es sei denn, der eigene Nachwuchs müsste sich der Konkurrenz aller stellen. Da werden die Chancen rigoros verwehrt. So gibt es eben in Celle die Wahl der Eltern nicht, ihre Kinder in eine Schule für Alle zu schicken. So lange die CDU an der Macht ist, werden Demokratie, freie Wahl so ausgelegt, dass es eine Wahl der Schule nicht gibt. Willst du Dreigliedrigkeit wie bisher oder als KGS, ist die Frage.

Da erschreckt sie schon, dass in der KGS in den AGs, im Sport, in den musischen Fächern, in der Religion partiell das Dreigliedrigkeitssystem aufgehoben ist. Es ist schon zu viel, gemeinsam zu turnen, zu singen und zu glauben? Zu viel Kontamination. Wer weiß, wie das auf unsere Kinder wirkt? Bestimmt werden sie auf ihrem Weg zur Elite gebremst, am Niveau gehindert! Man staunt und fragt sich, wie es kommt, dass PISA und IGLU so wenig wahrgenommen wird. Liegt es am C, am christlichen, glaubt man sich die Ergebnisse, die Erkenntnisse aus allen diesen Studien einfach weg?

Es ist doch auffällig, dass die Kinder in der Grundschule, die unbestrittenen eine Schule für alle ist, bei diesen Studien im internationalen Vergleich im oberen Drittel abschneiden, um dann fünf Jahre später, noch einmal untersucht, im unteren Drittel zu landen. Es sind die selben Kinder, mit denselben Eltern, die von denselben Medien zugemüllt werden, die im selben Kapitalismus leben.

Gut - Medien, Eltern, Peer Groups wirken anders als bei Grundschulkindern, aber das tun diese in Schweden,

Finnland, Kanada auch. Es ist schon erstaunlich, wie groß der Leistungsabfall durch die Kindersortiererei in diese drei Kategorien ist. Noch erstaunlicher ist aber, wie konsequent diese Christdemokraten es schaffen, dies nicht zur Kenntnis zu nehmen. Da schließen sie eben messerscharf darauf, dass nicht sein kann, was nicht sein darf. Da wird lieber der Bildungsstandard durch die Streichung eines ganzen Schuljahres gehoben. Der Haushalt saniert, gespart an dem „einzigen Rohstoff, den wir haben, der Bildung“, wie sie in ihren Sonntagsreden posaunen. Zukunftsorientiert ist das nicht, wenigstens nicht für die gesamte Gesellschaft.

Dem eigenen Nachwuchs wird es wenig ausmachen. Man hat ja genug Geld um sich Bildung anderweitig auf dem Markt zu kaufen, man braucht für sich eine gute staatliche Bildung nicht. Da muss eingespart werden, da muss individuell in die eigenen Taschen umgeleitet werden. Wie sonst lässt sich der Vorsprung, den man sich erkauf hat, denn halten. Durch die Überlegenheit im Kopf jedenfalls nicht. Da ist derselbe Mief, wie noch vor 200 Jahren.

Pressemitteilung DIE LINKE – KV Celle vom 27.05.2009



Weg frei für Erneuerbare, Einsparung und Effizienz

Auf kommunalpolitischer Ebene gibt es in den letzten Monaten verschiedene Klimaschutzinitiativen, die u.a. den Ausbau erneuerbarer Energien in Stadt und Landkreis einfordern. Die Umsetzung ist aber ein zäher Prozess, weil weder die Verwaltungen, noch die CDU/FDP-Mehrheitsfraktionen sie zu ihrem Thema machen. Und andererseits sind die regionalen Möglichkeiten in hohem Maße abhängig von nationalen und europäischen Vorgaben und Entwicklungstendenzen.

Wir sprachen über einige dieser Aspekte mit Jan Bonorden, der im Landkreis Celle ein Büro für Ressourcenmanagement betreibt. Er ist seit den 1970er Jahren aktiv in der Energiepolitik, Vorstandsmitglied des Anlegerbeirates im Bundesverband Windenergie sowie Planer, Entwickler und Betreiber von Regenerativanlagen.

?: Öffentlichkeitswirksam werden auf allen Ebenen Klimaschutzziele verkündet, so dass man schon fast meinen könnte, die Energieversorgung von morgen ist gesichert und der Klimawandel beherrschbar.

!!: Bei all diesen Debatten kommen leider wesentliche Aspekte kaum zum Tragen - wie die Rüstung, militärische Strategien vor allem zur Sicherung und Gewinnung von Rohstoffen, die globale Waldzerstörung und die Ausbreitung von Trocken- und Wüstengebieten, die externen Kosten für Risikotechnologie Atomenergie. Man muss kein Prophet sein, um eine Verschärfung der Verteilungskämpfe vorauszusagen. Gerade deshalb geht es bei dem Ziel einer 100%-igen Energieversorgung mit Erneuerbaren um weit mehr als nur den Klimaschutz. Vor diesem Hintergrund ist es beschämend, dass aktuell für marode Banken, die alles andere als zukunftsfähig sind, Milliarden ohne weiteres bereitgestellt werden können, aber die dringend erforderliche Energiewende im Hick-Hack der Lobbyisten global bisher nicht die überfällige Dynamik entfalten kann.

?: Eine globale Herausforderung, die ja aber gerade vor Ort, also dezentral ihre Lösungen suchen und finden muss. Welche Hemmnisse siehst du auf dieser Ebene?

!!: Vor Ort fehlt es leider vielen Politikern und Verwaltungskräften an Visionen, Informationen, Handlungsanweisungen und klaren rechtlichen Vorgaben. Da gibt es ja in großen Teilen noch Vorurteile gegen regenerative Energie, mit dem „Expertenwissen“, dass nachts die Sonne nicht scheint und der Wind auch nicht immer weht. Und das Interesse an Fortbildung scheint eher gering. Ein aktuelles Beispiel: Im Juni finden zwei große Repowering-Kongresse statt, die u.a. vom Bundesumweltministerium und dem Deutschen Städtetag unterstützt werden, vor allem um planungsrechtliche Voraussetzungen voranzubringen - denn dem Repowering wird eine erhebliche Bedeutung beigemessen, um die Klima-

schutzziele zu erreichen. Doch die Resonanz gerade bei den Kommunen, für die in erster Linie diese Veranstaltungen gedacht waren, ist sehr gering.

Ohne ein Engagement vor Ort wird aber das Ziel 100% Erneuerbare nicht gelingen. In Stadt und Landkreis Celle etwa gibt es im Unterschied zu anderen Kommunen immer noch keine Koordinierungsstelle für Energieeffizienz, geschweige denn fundiertes Zahlenmaterial, um auch hier eine 100% Erneuerbare-Region zu realisieren. Überfällig ist eine bessere Vernetzung der Gemeinden untereinander und mit der SVO sowie die Forcierung der Debatte etwa durch einen engagierten Fachbeirat.

?: Wie du sagst, gibt es ja die Meinung, dass mit den Erneuerbaren die Versorgungssicherheit nicht gewährleistet werden kann. Berechtigte Zweifel?

!!: Die Energieerzeugung muss sich verstärkt dezentral entwickeln, andererseits muss aber im europäischen Stromverbund geplant werden. Die Windenergieerträge lassen sich mittlerweile sehr gut vorausberechnen: Heute [wir führten das Interview am 26. Mai] geht z.B. ein Sturmtief über Europa hinweg, das einerseits zu Volllaststunden beiträgt, aber andererseits auch zu Abschaltungen von Windenergieanlagen [WEA] führen wird; diese Abschaltungen sind aber planbar, da das Tief zeitversetzt über Europa zieht. Hohe Winderträge tragen heute dazu bei, dass der Strompreis an der Börse gen Null geht. Dieser billige Strom bzw. die Überproduktion wird in Zukunft verstärkt gespeichert werden müssen, damit regenerative Energien bedarfsgerecht, z.B. bei Windflauten eingespeist werden kann. Hierzu werden die große Wasserspeicher in Skandinavien an Bedeutung gewinnen, aber auch Pumpspeicher, Druckluftspeicher und Hybridkraftwerke auf Wasserstoffbasis werden regional benötigt werden. Und da hat der Landkreis Celle Potentiale, die überhaupt noch nicht wahrgenommen werden: die alte Bergwerke, die alten Gas- und Erdöllagerstätten. Aktuell muss man ja den Slogan „Celle hat Energie“ eher in der Vergangenheitsform denken: „Celle hatte Energie“; aber daraus könnte sich wieder etwas entwickeln. Also ich fände es sinnvoll, die Möglichkeiten dieser alten Lagerstätten für moderne Konzepte von Energiespeicherung mal über Diplomarbeiten oder ähnliches auszuloten. Hier könnte der Landkreis zusammen mit der SVO Projekte initiieren und fördern.

?: Welche anderen Wege gäbe es, um Erzeugung und Verbrauch zu harmonisieren?

!!: Mit dem weiteren Zubau regenerativer Energieerzeuger wird es in der Tat schwieriger, sie auch zu 100 % nutzen zu können. Deshalb müssen Systeme entwickelt werden, die die Nachfrage nach Energie von deren Er-

zeugung her steuern. Bisher wurde die Stromerzeugung ja der Nachfrage angepasst: schwerfällig regelbare AKWs für die Grundlast, Kohlekraftwerke für die Mittellast und Gaskraftwerke für die Spitzenlast. In Zukunft wird mehr Intelligenz im Stromnetz, „smart grid“ ist hier der Fachbegriff, zum Tragen kommen müssen. Wir brauchen thermische Puffer, also z.B. die Nutzung von Klimaanlage oder Heizungssystemen als Energiespeicher. Und die Haushalte werden „Preismanager“ nutzen können, um zu Zeiten überschüssigen, also billigen Stroms z.B. Warmwasserspeicher oder Tiefkühltruhen zu betreiben oder ihre Autobatterien ans Netz anschließen, um in Hochpreiszeiten Geld zu verdienen.

?: Nach Ansicht des Bundesverbandes Erneuerbare Energien (BEE) könnten Wind- oder Sonnenenergie im Jahr 2020 bereits 47 Prozent des Stromverbrauchs decken. Voraussetzung dafür sei aber der Atomausstieg. Wie hängt das eine mit dem anderen zusammen?

!: Mit einem steigenden Anteil von Wind- und Photovoltaikstrom müssen Möglichkeiten geschaffen werden, die gesamte regenerativ erzeugte Energie einspeisen zu können, ohne die Netze zu überlasten, insbesondere an solchen Tagen, wie wir sie jüngst im April hatten, an denen bei optimaler Sonneneinstrahlung auch gute Windverhältnisse herrschten. Ohne eine regelbare Netzeinspeisung müsste eine temporäre Abschaltung der Windanlagen gerade an Starkwindtagen erfolgen. Eine moderne, zukunftsfähige Energieversorgung erfordert eine Umstrukturierung des Strommanagements. Träge Grundlastkraftwerke stehen dieser notwendigen, wie auch überfälligen Entwicklung entgegen. Eine Verlängerung von AKW-Laufzeiten, sowie der bisher vorgesehene Umfang von Zubauten mit Kohlekraftwerken, verzögern diese Entwicklung und hätten Zwangsabschaltungen und steigende Stromkosten zur Folge.

?: Die Bundesregierung hat eine Verordnung auf den Weg gebracht, mit der sich die Rahmenbedingungen für Windenergieanlagen ändern. Mit welcher Konsequenz?

!: Die meisten WEA im Landkreis werden aller Voraussicht nach den neuen Anforderungen Genüge tun. Es ist zu erwarten, dass für ältere WEA bzw. für Anlagen unter 1 MW Ausnahmen toleriert werden. Größere Anlagen könnten aber durchaus in Zukunft bei einem Überangebot an regenerativen Strom vom Netz genommen werden. Dies könnte insbesondere bei den V-66 WEA in Beedenbostel zutreffen, die in einigen Jahren als eine der wenigen für ein Repowering in Frage kommen. Interessant wäre im Rahmen eines solchen Repowerings, an diesem Standort ein Vorzeige-Projekt zu realisieren, z.B. ein Kombikraftwerk im Verbund mit Biogasanlagen und eventuell im Verbund mit einem Hybridkraftwerk und dem Wasserkraftwerk in Lachendorf.

?: Welche Potentiale siehst du aktuell für Erneuerbare im Landkreis?

!: Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat erkannt, dass für die Kommunen die Erneuerbaren erheb-



liche Chancen bieten. Da auch das Bundesumweltministerium weiß, dass die Klimaschutzziele ohne eine Optimierung der Windenergie nicht erreicht werden können, wird derzeit federführend von diesen beiden Institutionen eine Handlungsanweisung für die Kommunen erarbeitet. Diese dürfte bundesweit einen Schub für die Erneuerbaren auslösen. Auch hat die Landesregierung die Rahmenbedingungen für neue Windenergiestandorte verändert, so dass insbesondere im Landkreis Celle ein nicht unbedeutender Zubau mit leistungsstarken Anlagen möglich wäre.

Sinnvoll wäre weiter eine Potentialstudie für Wasserkraft-„Repowering“, um die bestehenden Wasserkraftwerke effektiver und fischfreundlicher zu gestalten. Insgesamt muss es darum gehen, alle Potentiale ausschöpfen. Gerade im Bereich Photovoltaik sind die Kommunen gefordert, z.B. Finanzierung durch Bürgeranlagen-Contracting zu initiieren und abzusichern.

?: Überall in den Landkreismunicipalitäten und auch in der Stadt Celle steht der Abschluss neuer Konzessionsverträge an. Auf was wäre da zu achten?

!: Es sollte der Versuch unternommen werden, mit dem Vertrag den drei E – Erneuerbare Energien, Energieeinsparung und Energieeffizienz – mehr Geltung zu verschaffen. Im Konzessionsvertrag müsste z.B. die Verpflichtung enthalten sein, die Bürgerinnen und Bürger stärker als bisher über Erneuerbare zu informieren, also über ihre Rechte und über Fördermöglichkeiten bei der Errichtung von Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen und Anlagen im Sinne des Erneuerbaren Energien Gesetzes. Das Energieversorgungsunternehmen sollte verpflichtet werden, Unterstützung zur Gründung von Bürgersolaranlagen und zur Nutzung kommunaler Dächer für die Solarstromerzeugung zu leisten. Interessant wäre auch, die Sondertarife für Großkunden abzuschaffen, also

+++ Alternativen zur Atomenergie +++
100% Energie aus Sonne, Wind, Wasser & Biomasse

einheitliche Grundgebühr und Verbrauchspreise. Das EVU sollte die Vorgabe bekommen, den Pro-Kopf-Verbrauch jährlich um z.B. 5 Prozent zu senken.



Neuanfang mit Adasch?

Der Landtagsabgeordnete Thomas Adasch aus Hambühren wurde im Mai von der CDU-Mitgliederversammlung zum neuen Stadtverbands-Vorsitzenden gewählt. Adasch erhielt 87 Stimmen, der Gegenkandidat Udo Hörstmann 50. Als Stellvertreter_innen wurden Silke Kollster und Steffen Weiss gewählt; als Beisitzer_innen Susanne Schmitt, Bernd tum Sunden, Catherine Hollerbach, Joachim Ehlers, Thorsten Siemann, Manfred Heinze, Anjuli Bellersen, Klaus Bartels und Stefan Busch. Die Ratsfraktion ist damit nur noch durch Joachim Ehlers im Vorstand vertreten. – Die CZ hatte für Adasch und gegen Hörstmann getrommelt und sieht folgerichtig in der Wahl ein Zeichen von „Erneuerung“. Wir sagen nur: Viel Spaß mit einem Chef aus dem „Vorort“ Hambühren, der auf seiner website Wilfried Hasselmann als Vorbild nennt und im Fernsehen am liebsten Filme mit Heinz Erhardt anschaut.

Schallschluck

Etwa 80 ehemalige Mitarbeiter haben gegen ihre Entlassung durch den Insolvenzverwalter des Automobilzulieferers Stankiewicz geklagt. In den Kündigungsschutzverfahren vor dem Arbeitsgericht geht es um die „Rechtmäßigkeit“ der Entlassungen. Bekanntlich waren auch langjährige Beschäftigte (wie es heißt unter Zustimmung des Betriebsrates) entlassen worden. In den ersten so genannten „Güteverhandlungen“ vor dem Arbeitsgericht kam es zu keiner Einigung. Die jetzt erforderlichen Gerichtsverhandlungen finden wahrscheinlich erst gegen Ende des Jahres statt.

Kein Pflichteintritt

Der Zwangseintritt zu Altstadtfest und Streetparade ist zunächst mal vom Tisch. Zwar wäre er rechtlich sowieso kaum haltbar gewesen, aber die Tourismus-Region-Celle (TRC) als Veranstalter brachte ihn gewissermaßen als Faustpfand in Stellung, um die Stadt zu finanziellen Zugeständnissen zu bewegen. Mit Erfolg, denn: Die Stadt verzichtet künftig auf die dem Veranstalter auferlegten Sondenutzungsgebühren (rund 17000 Euro). Der zunächst als

anonymer Sponsor gehandelte „Event-Retter“ erwies sich recht unspektakulär als Sparkasse Celle. Bis zu 32000 Euro würde sie eine entstehende Finanzierungslücke decken. Oberbürgermeister Mende, seit dem 8. Mai Verwaltungsratsvorsitzender der Sparkasse, hatte dies zunächst als langfristige Lösung „verkauft“. Sparkassenchef Lohöfener will's aber auf dieses Jahr beschränkt sehen. Der TRC-Aufsichtsratsvorsitzende Ratsch-Heitmann (CDU) drängelt derweil weiter auf den Zwangseintritt. – Unangetastet bleibt damit das TRC-Konzept, das insbesondere hinsichtlich des Altstadtfest-Programms auch viele Kritiker_innen hat: Nicht alle stehen auf den von TRC-Chef Hass favorisierten Hitparaden-Rummelplatz. Das zumindest zeigte ein Blick in das Gästebuch der Celleschen Zeitung. Aber: Über die Kostenseite der Veranstaltungen wurde – zumindest öffentlich – nicht diskutiert.

Vorbild d'Olbreuse?

Nicht gerade treffsicher erweist sich der niedersächsische Landesfrauenrat in seiner Initiative „FrauenOrte Niedersachsen“. Zum Auftakt hatte frau 2008 noch die Verdener Frauenrechtlerin und Pazifistin Antia Augspurg ausgesucht. Aber schon der zweite „Ort“ führt gewaltig in die Irre: Celle soll's 2010 sein mit Eléonore d'Olbreuse. Auf der website des Landesfrauenrates ist die Rede davon, dass es um Frauen gehen soll, „die Vorbildcharakter haben und deren Wirken ein positives Beispiel für die Gleichberechtigung darstellt“ – da sind wir mal gespannt, wie sehr sich die Balken biegen, wenn diese treffliche Wahl begründet wird.

LSG: Nur noch Flut

Die Landessozialgerichte (LSG) befürchten angesichts des historischen Wirtschaftseinbruchs eine weitere Zunahme der Hartz IV- Verfahren. Auch die Zahl der unerledigten Verfahren sei besorgniserregend, sagte die Präsidentin des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen, Monika Paulat, auf der Führjahrkonferenz der LSG-Präsident_innen: "Man kann schon gar nicht mehr von einer Flut sprechen, denn dann würde auch mal eine Ebbe kommen."

Millionen für Rheinmetall

Die Bundeswehr will für ihre Feldlager im Ausland ein neues Abwehrsystem gegen Raketen- und Granatenbeschuss anschaffen. Der Auftrag hat einen Gesamtwert von rund 135 Millionen Euro, wie der Düsseldorfer Rüstungskonzern Rheinmetall am 19. Mai mitteilte. Bis 2011 soll die Bundeswehr zunächst zwei Einheiten des sogenannten Nächstbereich-Schutzsystems NBS erhalten. Damit bekomme die Bundeswehr als weltweit erste Armee ein hochwirksames Mittel zur Abwehr der vor allem in Afghanistan akuten Bedrohung durch kleine Raketen und Mörsergranaten.

In den vergangenen Monaten waren vor allem die Feldlager in Kundus und Faisabad in Nordafghanistan zunehmend mit Raketen beschossen worden. Mit dem neuen System NBS C-RAM (Nächstbereich-Schutzsystem Counter-Rockets Artillery Mortar) können offenbar Standorte der Angreifer bestimmt, Flugdaten der Geschosse erfasst und diese durch 35-Millimeter-Geschütze noch im Flug abgefangen werden. Die Flugabwehrgeschütze haben eine Feuerkraft von 1000 Schuss pro Minute. Ein System NBS C-RAM besteht aus einer Bedien- und Feuerleitzentrale, zwei Sensoreinheiten sowie sechs 35-Millimeter-Geschützen. Die Feuerleitung ist weitgehend automatisiert. (Quelle: ngo-online.de)

21400 Knarren

Rund 4400 Personen in Stadt und Landkreis Celle verfügen über gut 21000 Waffen. Gut Schuss! Kann man da nur sagen.

Immer mehr Minijobs

Die Zahl der in Minijobs, den so genannten 400-Euro-Jobs, Beschäftigten steigt: 9783 Mini-Jobber_innen gab es 2008 in Stadt und Landkreis Celle; im Jahr 2001 waren es 8283 derart Beschäftigte. Stefan Deters, Regionalleiter der IG Bau, die u.a. Reinigungspersonal organisiert, warnte im Mai vor dieser Entwicklung und verwies insbesondere auf die dadurch entstehende Rentenproblematik.

Weltberühmt ?!?

Mitte Mai verkündete Michael Ende in einer Überschrift im Mai „Stolz auf weltberühmte Celler Schätze im Schützenmuseum“. Jaja – unser Schützenmuseum mit seinen „weltbekannten Königsbildern“ bringt es bei Google immerhin auf 4 Treffern, sucht man nach: „Celler Schützenmuseum-Königsbilder“ – einer davon der CZ-Artikel, zweimal die website des Schützenfestes und einmal die der Tourismus-Region. Im Original stammt der Quatsch übrigens vom CDU-Bundestagsabgeordneten Henning Otte, der beim Stiftungsfest der Museumsstiftung Celler Schützenmuseum eben jenen grenzwertigen Lokpatriotismus von sich gab.

Kurdisch-Unterricht

Eventuell schon im kommenden Schuljahr soll an der Grund- und Hauptschule Neustadt Kurdisch-Unterricht erteilt werden können. Der Schulausschuss der Stadt folgte damit der Anregung der Fraktion „Die Linke/BSG“. Die Neustädter GHS hatte sich als erste bereit erklärt, das Angebot umzusetzen. Andere Schulen könnten folgen. „Mizgin“ – das dürfte die Meinung in der kurdischen Community sein.

Copy & Paste

Der Großplagiator hat erneut zugeschlagen: Klaus Tänzer bediente sich für einen Leitartikel zum Thema „Depression“ großzügig auf einschlägigen Internetseiten. Der Artikel erschien am 24. Mai im Celler Kurier und wieder einmal waren keinerlei Hinweise auf die Quellen vorhanden, d.h. auf jene webseiten, aus denen Tänzer wirklich schamlos den allergrößten Teil des Artikels kopiert hatte. Im Unterschied zu „seinem“ Artikel zum so genannten Klimaschutzschwindel (siehe revista 43), bei dem ja kein einziger Satz von ihm kam, schrieb Tänzer diesmal einige Übergänge, die durch ihren hohlen Gloria-Roman-Pathos als Eigenleistung erkennbar waren.

Aufstieg mit Super-Men.de

Obwohl Biermann ja einen ausgemachten Handball-Hintergrund hatte – er



war mit der Schulmannschaft des HBG in den frühen 1960er Jahren Deutscher Meister der Gymnasien, was wie böse Zungen meinen, ihm nicht unwesentlich zum Abitur verhalf -, gelang dem SV Garßen unter ihm der Sprung in die erste Liga nicht. Jetzt schafften es die Handballfrauen im dritten oder vierten Anlauf. Das kann ja nur an SuperMen.de gelegen haben.

Citymanager

Das Rennen um den Job des ersten Citymanager der Stadt Celle machte Veit Hilger. Der in den Agenturmeldungen als früherer Bauunternehmer bezeichnete Norweger will die Öffentlichkeitsarbeit ausbauen und eine Immobilienbörse im Citymanagement etablieren. Die Citymanagement Celle GmbH soll den Einzelhandel der Stadt im Kampf gegen die zunehmende Konkurrenz der Einkaufszentren unterstützen. – Eine ganz große Nummer scheint er nicht zu sein: Die ersten Hits im Internet am Tage seiner „Wahl“ wiesen ihn vor allem als Vermieter von Ferienhäusern in den Niederlanden aus.

Tiefen-Geothermie

Mit 2,3 Millionen Euro ist Baker Hughes in den vom Land initiierten Forschungsverbundes "Geothermie und Hochleistungsbohrtechnik" (gebo) eingestiegen. Ziel ist, geothermische Potenziale künftig umfassend für Wärme- und Stromversorgung zu nutzen. Die Erschließung tiefegeothermischer Energie ist bisher mit hohen Kosten verbunden; erforscht werden sollen deshalb Konzepte zur „wirtschaftlichen Gewinnung“ geothermischer Energie. Im Forschungsverbund zusammengefasst sind u.a. das Institut für Angewandte Geophysik (LIAG), Uni Hannover, das Institut für Erdöl- und Erdgastechnik,

TU Clausthal, das Institut für Dynamik und Schwingungen, TU Braunschweig; sowie das Institut für Transport und Automatisierungstechnik, Uni Hannover. Der Sitz der Geschäftsstelle wird am Energie-Forschungszentrum Niedersachsen (EFZN) in Goslar eingerichtet. Bis zu 9,5 Millionen Euro will das Land in den kommenden fünf Jahren in den Forschungsverbund stecken – so dass man vielleicht eher sagen müsste, dass die Forschung von Baker Hughes mit fast 10 Millionen durch Steuergeletter finanziert wird.

Europa-Wahl

Einziger Verlierer war – auf dem Papier – im Celler Europawahl-Wahlkreis die CDU. Sie sackte von 48,5 auf 42,8 % der abgegebenen gültigen Stimmen (-2.891). Ein Großteil landete bei der FDP, die mit 11,5 % drittstärkste Kraft wurde und gegenüber 2004 4,1 %-Punkte (+2.114 Stimmen) zulegte. Die SPD konnte ihr desaströses Ergebnis von 2004 um 1,1 %-Punkte (bzw. 618 Stimmen) auf 24,6 % verbessern. Die Grünen erzielten mit 10,2 % ein fast identisches Ergebnis wie vor fünf Jahren. Und Die Linke legte um 447 Stimmen auf 1655 zu, was 3,2 gegenüber 2,3 % brachte. Die Nazis spielten kaum eine Rolle: Die Republikaner holten 523 Stimmen (gegenüber 1448 in 2004), die DVU 250 Stimmen; die NPD hatte nicht kandidiert.

Was lässt sich aus diesem Kaffeesatz lesen: Die Oberbürgermeisterschlappe der CDU-Kandidatin Schmitt ändert nichts an der strukturellen Wahl-Mehrheit von CDU/FDP. Die Sozialdemokraten haben wegen Hartz IV dauerhaft ihren „Volksparteicharakter“ verloren. Die Bündnisgrünen sind – wie immer bei EP-Wahlen – äußerst mobilisierungsfähig. Und Die Linke? Ihr Zugewinn ist äußerst problematisch zu betrachten. In keinem anderen Wahlkreis in Niedersachsen war der Zugewinn geringer. Von den 46 niedersächsischen Wahlkreisen lag Celle 2004 auf Platz 6, fünf Jahre später auf Platz 39. Und das obwohl zehn Jahre lang mit Feleknas Uca ein Mitglied des Celler Kreisverbandes im Europäischen Parlament vertreten war. In der Stadt Celle erzielte Die Linke gerade mal 30 Stimmen mehr als 2004.

Nachrichten im Rückblick

Sorge macht uns nach wie vor die Parallelgesellschaft von Boye. CDU (52,8 %) und FDP (22,6 %) kommen hier zusammen wieder auf $\frac{3}{4}$ der Stimmen. In keinem anderen Wahlbezirk gibt es einen derartigen Fundamentalismus. Wir machen uns ehrliche Sorgen um die drei Wähler_innen der LINKEN.
Ergebnis in der STADT CELLE

	2009	in %	2004	in %
CDU	7816	40,4	8990	45,8
SPD	4885	25,2	4581	23,3
GRÜNE	2292	11,8	2361	12,0
FDP	2139	11,0	1508	7,7
LINKE	655	3,4	625	3,2

Ritter der Ehrenlegion

Celles ehemaliger OB Martin Biermann ist mit der höchsten Auszeichnung Frankreichs, dem Titel «Ritter der Ehrenlegion», ausgezeichnet worden. Der frühere Rathaus-Chef wurde während der Europatage in Celles französischer Partnerstadt Meudon geehrt.

100.000 Euro für Pokale

Für geschätzte 2,2 Millionen Euro ersteigerte das Land Niedersachsen drei sogenannte „Huldigungspokale“. Ehemalig im Besitz des Fürstenhauses der Welfen gehörten sie zuletzt dem Mode-„Zaren“ Yves Saint Laurent. Die vergoldeten Silberpokale wurden zwischen 1630 und 1650 gefertigt und sollen dem Celler Herzog von Untergeben geschenkt worden sein. Nun werden sie bis 2012 im Residenzmuseum ausgestellt, danach wandern sie in das Braunschweiger Herzog-Anton-Ulrich-Museum, um schließlich ab 2014 bei der großen Welfenausstellung in Herrenhausen gezeigt zu werden. Für die Zeit danach gibt es anscheinend noch keine Planungen. Drei Jahre bleiben die

guten Stücke also erst mal in Celle. Und dies ließ sich der Stadtrat etwas kosten: 100.000 Euro. Wird gemunkelt, denn offiziell erfuhr „der Steuerzahler“ bisher weder, was die Aktion im Ganzen gekostet hat, noch wer mit welchem Betrag an der „groß angelegte Finanzierungsaktion“ (Kulturminister Stratmann) beteiligt war. – Bei gut drei Ausstellungsjahren lässt sich die Stadt Celle ihre feudale Vergangenheit einiges kosten. Und angesichts dieser merkwürdigen Diskussion um den Zwangseintritt bei Streetparade und Altstadtfest kann sich jede_r denken, warum die Höhe der städtischen Beteiligung „wie ein Schatz gehütet“ wird. Die Bündnisgrünen sollen im Verwaltungsausschuss dagegen gestimmt haben.

Nicht für uns !!!



Fernweh im 8 1/2

Das jedenfalls lässt ein Ranking der bestbesuchten Filme der Saison 2008/2009 vermuten: Die Goldene Achteinhalb bekam (1) „Let's make money“, weil die Reisen dann ja auch bezahlt werden wollen. Auf Platz (2) „Neulich in Belgien“. Der Bronzeplatz (3) ging an „Das Fremde in mir“. Platz (4) erreichte „So ist Paris“, und Platz (5) fast gleich auf „Vicky Christina Barcelona“ und „Brügge sehen ... und sterben“. Halbwegs klimafreundlich be-

schränkt sich das Fernweh auf Europa.

35,63 Euro pro Besucher

Wir verkünden es seit Jahren immer mal wieder – jetzt las man's offiziell in der CZ: „Der Zuschuss pro Besucher im Geschäftsjahr 2008 betrug 35,63 Euro“. Es geht ums Celler Schlosstheater und die Subvention pro Besucher_in. Da muss man nicht dagegen sein; zur Kenntnis nehmen sollte man schon, in welcher Dimension sich die Bildungsbürger_innen ihr Vergnügen durch Steuergelder fördern lassen.

Schallschluck

Über seine Krefelder Tochter hat der US-amerikanische Autozulieferer International Automotive Components (IAC) die insolvente Stankiewicz Gruppe übernommen. Knapp 300 von 1300 Arbeitsplätze in Deutschland wurden seit der Insolvenz gestrichen, mindestens noch einmal 160 sollen ihren Job verlieren – wieviele davon in Adelheidsdorf, ist noch nicht klar.

KURSBAROMETER

Bekanntlich verfügt die Stadt Celle durch den Verkauf der Stadtwerke über ein nicht unbeachtliches Aktienvermögen, das u.a. die an der Börse gehandelte e.on-Aktie enthält – und zwar 2.792.697. Mit unten stehendem Kursbarometer werden wir in jeder der kommenden Ausgabe aufs Neue zeigen, wie viel Kohle die Stadt auf der hohen Kante hat – und was deshalb ihre Knauserigkeit an der einen oder anderen Stelle bedeutet. Und wir zeigen damit, wie viel Geld Verwaltung und Rat seit dem 10.1.2008 (dem Allzeithoch der Aktie) verzockt haben.

Die e.on-Aktien der Stadt Celle – das „revista“-Kursbarometer am 19.06.2009:

Allzeithoch:	51,34 EUR (10.01.2008)	Höchstwert:	143.377.063,98 EUR
Tageshoch:	25,80 EUR (19.06.2009)	Aktueller Wert:	72.051.582,60 EUR
Verlust:	25,54 EUR	Verlust:	71.325.481,38 EUR

Das schwarze Herz Hannovers?

„Das schwarze Herz Hannovers“ – so sah sich die Missionsanstalt Hermannsburg und prägt(e) mit ihrem institutionellen Gewicht und Personal einen Teil des Landkreises Celle. Wer in dem Heideort aufgewachsen ist oder dort heute lebt, wird dies bestätigen können. Deshalb ist Gunther Schendels Anfang des Jahres publizierte Dissertation „Die Missionsanstalt Hermannsburg und der Nationalsozialismus“ über den engen Rahmen einer institutionengeschichtlichen Perspektive hinaus interessant.

Die Hermannsburger Missionsanstalt war vor 1933 eine der größten Missionsgesellschaften Deutschlands. 1849 von Louis Harms aus dem Geist der Erweckungsbewegung gegründet, wurde von der Zentrale in der Lüneburger Heide aus in Südafrika und Äthiopien missioniert. Daneben gab es eine intensive, so genannte „Heimarbeit“, die der Mission und ihrem Umfeld den Ruf als „schwarzes Herz Hannovers“ eintrug, was aber durchaus gut mit dem Selbstbild der Einrichtung korrespondierte. Und zu diesem Selbstbild gehörte auch, dass die Institution und ihr Umfeld dem Nationalsozialismus eher distanziert gegenüber gestanden habe. Der Theologe und Religionshistoriker Gunther Schendel hat jetzt eine Untersuchung vorgelegt, die dieses Bild grundlegend revidiert.

Wie der größte Teil des konservativen Milieus verband auch die Missionsanstalt mit der als Sieg der nationalen Bewegung wahrgenommene Regierungsübernahme durch die NSDAP Hoffnungen, die sich durch ein „markantes Zeichen der Zustimmung“ äußerte – nämlich die Teilnahme am auch in Hermannsburg veranstalteten Fackelzug zum „Tag von Potsdam“, also jener Inszenierung zur Eröffnung des neu gewählten Reichstages am 21.3.1933, wo Hitler sich symbolhaft vor Reichspräsident Hindenburg, dem zentralen Repräsentanten des konservativen Milieus verbeugte. – Aber es gab eben auch auf etlichen Politikfeldern große Übereinstimmungen: Die von der NSDAP formulierte Volksgemeinschaftsideologie entsprach den eigenen Vorstellungen von einer möglichst konfliktfreien Gesellschaft. Und solange die außenpolitischen Eckpunkte die Revision von Versailles ins Zentrum stellten und so vom konservativen Milieu als Wiederholung der Frontstellung des Ersten Weltkrieges wahrgenommen wurden, fanden sie ungebrochene Zustimmung.

Interessanterweise war trotzdem keiner der drei während der Jahre 1933 – 1945 amtierenden Missionsdirektoren Mitglied der NSDAP, auch von den 25 Mitgliedern des Missionsausschusses war lediglich einer, der Leiter der staatlichen Hermannsburger Volksschule, Parteimitglied. Für das Kollegium des Missionsseminars und der Christanschule konnte Schendel fünf NSDAP-Mitgliedschaften belegen, und damit ein dem Reichs-



„Flaggenruß“ der Christanschule. In diese Postkarte, die die Loyalität zum NS-Staat demonstrieren sollte, wurde die Hakenkreuzfahne nachträglich hineinmontiert. Die konfessionelle Schule wurde unter dem Vorwurf der politischen Unzuverlässigkeit 1939/40 geschlossen.

durchschnitt unter der Lehrerschaft vergleichbares Bild.

Bei der Untersuchung der weltanschaulichen Positionen der Missionsanstalt widmet sich der Autor zwei Komplexen: zum einen die Auseinandersetzung mit dem Neuheidentum, das durch den NS Auftrieb bekam; zum anderen dem staatlichen Antisemitismus. Schendel arbeitet dabei die Übereinstimmungen und Differenzen des Rassenkonzepts der Missionsanstalt zu dem nationalsozialistischen Rassismus heraus. Dabei zeigt sich, dass der christliche Universalismus kaum Schutz vor einem Denken in Kategorien der Ungleichheit bot. Die Nähe zu Volkstum, Blut und Boden mit dem Rassenbegriff im Zentrum schaffte eine hohe Übereinstimmung mit der NS-Ideologie, wobei Schendel als Schnittpunkte markiert: „die Ablehnung von Rassenmischung, das Eintragen von Werturteilen in das Verhältnis der Rassen, die Billigung von politischer Ungleichheit.“ (352) Auf der anderen Seite war es nicht der Rassenantisemitismus der Nazis, sondern ein traditioneller Antijudaismus, der die Position der Missionsanstalt zur NS-Judenpolitik fundierte. Die damit einhergehende Billigung der antisemitischen Maßnahmen fand nach Auffassung Schendels im Novemberpogrom zwar eine Zäsur: „*Offensichtlich wurde hier eine Überschreitung der Grenzen wahrgenommen, die durch das eigene christlich-konservative Wertesystem gesetzt waren.*“ (743) Kritik an der antisemitischen Verfolgung war von der Missionsanstalt offiziell aber nie zu hören; und selbst eine Unterstützung von durch den Arierparagrafen diskriminierten Kirchenangehörigen unterblieb bis auf eine Ausnahme.

Institutionell und kirchenpolitisch gerieten Missionsanstalt und das NS-Regime in einigen Punkten allerdings in Widerspruch. Schendel analysiert exemplarisch den Austritt von Missionsdirektor Schomerus aus dem hannoverschen Landeskirchentag im August 1933, die

Widerstände in der Frage der Gleichschaltung der Missionsgesellschaften sowie das Verbot des traditionellen Missionsfestes 1939 oder die Umwandlung der Christan-Schule in eine staatliche Einrichtung. Der Verfasser zeigt hier differenziert das Verhalten der einzelnen Akteure, wobei deutlich wird, dass das „*Interesse am Erhalt von Institution und Verkündigung eine wenigstens partielle Zustimmung zum Nationalsozialismus nicht aus, sondern gerade ein[schloss].*“ (630)

Abgerundet wird die Arbeit durch eine intensive Betrachtung der direkten Nachkriegsphase und mit der Fragestellung, wie man in den Reihen der Missionsanstalt nachträglich das eigene Verhalten bewertete. Eine konkrete Aufarbeitung unterblieb, wie Schendel an verschiedenen Konfliktfeldern analysiert.

Zusammenfassend kommt der Autor zu einem ernüchternden Urteil: „*Diese lutherische Missionsgesellschaft [...] begrenzte mit ihrer christlichen Frömmigkeit den Totalitätsanspruch der NS-Ideologie. Aber sie partizipierte auch an den politischen Illusionen und Irrtümern des konservativen Milieus; und ihre Theologie und Frömmigkeit erwiesen sich nicht als geeignet, um über die Verteidigung der eigenen Institution und Wirkungsmöglichkeiten hinaus zu einer weiterreichenden Opposition zu animieren. Davon, dass die Missionsanstalt für die NS-Ideologie „resistent“ gewesen sei und sich in ihrem Fall „lutherisches Beharrungsvermögen (perseverantia)“ bewährt habe, kann also nur in sehr begrenztem Maße gesprochen werden.*“ (750 f.)

Schendel, Gunther: Die Missionsanstalt Hermannsburg und der Nationalsozialismus. Der Weg einer lutherischen Milieuinstitution zwischen Weimarer Republik und Nachkriegszeit. Münster 2009. 808 S., ISBN 978-3-8258-0627-9, 49,90 EUR. [den Band gibt es auch in der Stadtbibliothek: Cel 870 Her]

Im Niemandsland Christen jüdischer Herkunft

Am Schicksal der Familie Kohls im Nationalsozialismus lässt sich auf lokalgeschichtlicher Ebene gut nachvollziehen, dass der Antisemitismus der Nazis sich als rein rassistische Konstruktion vom religiös fundierten Antijudaismus unterschied. Else Kohls hatte sich und ihre zwei Töchter im Sommer 1935 vom Neuenhäuser Pastor Wilhelm Voigt taufen lassen und war damit vom Juden- zum Christentum konvertiert. Die Nazis skandalisierten diese „Celler Judentaufe“ als ein Betrugsmanöver, das aber spätestens mit den Nürnberger Rassegesetzen vom 15. September 1935 in seiner Schutzfunktion obsolet wurde. Das Reichsbürgergesetz stufte eben gänzlich unabhängig vom Glauben als „Jude“ ein, wer mindestens drei jüdischen Großeltern hatte. Als „Mischlinge ersten Grades“ galten Personen mit einem jüdischen El-

ternteil oder zwei jüdischen Großeltern, als „Mischlinge zweiten Grades“ Personen mit einem jüdischen Großeltern-Teil. Eine Konsequenz: Die christlichen Kirchen hatten einen Haufen Mitglieder, die den Nazis als Juden galten und antisemitisch diskriminiert und verfolgt wurden.

Vor sechs Jahren hatte die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannover einen Forschungsauftrag an die Historikerin und Theologin Uta Schäfer-Richter vergeben. Es sollte den Frage nachgegangen werden: In welchem Ausmaß wurden Christen in die antisemitische Verfolgung der Nationalsozialisten einbezogen? Wie verhielten sich die hannoversche Kirchenleitung und einzelne Pastoren zu der bedrängten Situation ihrer »nichtarischen« Kirchenmitglieder? In der jetzt vorgelegten Studie „Im Niemandsland“ betrachtet die Autorin auf der Basis einer Vielzahl rekonstruierter Einzelschicksale zunächst den historischen, nach Generationen unterschiedenen Erfahrungshintergrund der Christen jüdischer Herkunft und sie beleuchtet das außerordentlich breite Spektrum der Verfolgungserfahrung dieser Christen, das von der relativen Verschonung bis zu Vertreibung und Mord reicht.

Unter den rund 2,8 Millionen ev. Kirchenmitgliedern der hannoverschen Landeskirche galten nach den Daten der Volkszählung von 1939 knapp ein Prozent, nämlich 2.446 als Christen jüdischer Herkunft. Zu diesem Zeitpunkt waren dies ein Drittel der antisemitisch Verfolgten. Eine tätige Solidarität seitens der Kirche unterblieb und wurde überlagert von dem Wunsch nach einem möglichst konfliktfreien Auskommen mit dem NS-Staat. Die Autorin analysiert die kirchlichen Versäumnisse, die letztlich bei der Kirchenführung in einer Anerkennung der antisemitischen Weltanschauung mündeten. Und so bemerkenswert etwa das Handeln von Pastor Voigt im Jahr 1935 war – als Mitglied des so genannten Mitarbeiterkreises der Bekenntnisgemeinschaft gehört er zu den drei Verfassern einer Erklärung aus dem Jahr 1942, in der es heißt: „*Sie [die Kirchen] werden im Interesse der Volksgemeinschaft und im Interesse der christlichen Gemeinden den Tatbestand der vom Staat verfügbaren und auch ihm allein zustehenden Abgrenzung der Volksgemeinschaft Rechnung tragen. Es ist als eine Gegebenheit anzuerkennen, daß Juden auch an dem kirchlichen Gemeinschaftsleben der deutschen evangelischen Gemeinden nicht teilhaben können.*“ (303)

Erst in den letzten 15 Jahren ist die Situation der Christen jüdischer Herkunft überhaupt ins Blickfeld der historischen Forschung gekommen. Die lesenswerte Regionalstudie von Uta Schäfer-Richter macht in eindringlicher Weise die Verfolgungsschicksale und das Versagen der Landeskirche deutlich.

Uta Schäfer-Richter: Im Niemandsland. Christen jüdischer Herkunft im Nationalsozialismus - Das Beispiel der hannoverschen Landeskirche. Göttingen 2009. 336 Seiten, ISBN-10: 3-8353-0469-0, 29,90 EUR.



Im Celler Weltladen oder im hannoverschen Bekleidungssyndikat

Ab und an werden ja mal Schuhe, Hosen oder ein Hemd fällig. Und dann steht man im Laden und weiß eigentlich genau, dass – egal ob billig oder teuer – die Sachen irgendwo auf der Welt für Hungerlöhne zusammengenäht wurden. Bis vor nicht allzu langer Zeit konnte man da dann auch individuell nichts dran drehen. Jetzt aber gibt es sowohl in unserem kleinen Städtchen wie auch im Internet-Versandhandel „fair“ und zum Teil aus „bio“-Materialien produzierte Sachen.

In Celle macht's seit einiger Zeit der WELTLADEN in der Zöllnerstraße. Bei Bekleidung bezieht der Weltladen die Produkte über EL PUENTE. Als 'Brücke' (so die deutsche Übersetzung des spanischen Namens) zwischen Nord und Süd will EL PUENTE dazu beitragen, die Kluft zwischen den reichen und den sogenannten Entwicklungsländern zu verringern. Die Organisation fördert Kleinbetriebe und Genossenschaften im Trikont durch Import und Vertrieb ihrer Produkte.

EL PUENTE hat vor zwei Jahren die Marke *fair fashion* mit Bio-Kleidung aus Indien und Paraguay eingeführt. Und einen Teil der Produkte kann man im WELTLADEN direkt kaufen oder falls die vorhandenen Größen oder Farben nicht passen, bestellen. Nur zwei Beispiele:

Für Männer und Frauen gibt es z.B. schwarze, rote, beige, blaue oder braune Kapuzen-Sweatshirts in Bio-baumwoll-Qualität für 34,90 EUR oder T-Shirts für 17,90 EUR. Sweat-Kapuzenjacken, ebenfalls in 100 % Bio-Baumwolle kosten 39,90 EUR. - Bei www.elpuente.de gibt's auch einen Online-Shop.

Zusätzlich bietet der WELTLADEN Schuhe der Marke *athletic* an. Auch hier ist der Handel gegründet auf besseren Arbeitsbedingungen und ökologische Kriterien: Der fairgehandelte Naturkautschuk für die Produkte stammt von Plantagen in Sri Lanka und Südin-dien. Umweltschutz und soziale Bedürfnisse der Arbeiter_innen werden beim Anbau gleichberechtigt berück-

sichtigt. Dafür steht das Siegel des Forest Stewardship Council (FSC). Die Baumwolle für die Stoffe stammen alle aus kontrolliert biologischem Anbau. Im WELTLADEN vor Ort gibt es z.B. die Klassiker (siehe links oben) „Black & White“ als „LoCut“ (schwarzer Stoff, weiße Sohle, weiße Frontkappe, flach mit 6-Loch-Schnürung) für 44,90 EUR und als „Hi-Cut“ (also knöchelhoch mit 7-Loch-Schnürung) für 49,90 EUR. Mit etwas Glück sind auch andere Farben vorrätig, können in jedem Fall aber bestellt werden.

Im Juni hat in Hannover das BEKLEIDUNGS-SYNDIKAT aufgemacht. Dabei handelt es sich um einen Internet-Versandhandel, der aus einem Projekt der anarcho-syndikalistischen FREIE ARBEITER UNION (FAU) entstanden ist. Die hatte in Hannover vor gut vier Jahren damit begonnen, über die unmenschlichen Arbeitsbedingungen in den Sweatshops der Bekleidungs-industrie zu informieren: Dabei wollte sie nicht stehen bleiben, sondern zusätzlich Alternativen anbieten. Daraus entstand der ehrenamtliche Vertrieb von T-Shirts aus einer nicaraguanischen Kooperative. Aus diesem kleinen CleanClothes-Projekt hat sich jetzt das "Bekleidungs-syndikat" entwickelt, das ein fast komplettes Sortiment von fairer Kleidung anbietet.

Nehmen wir auch hier ein Beispiel: Kapuzenpullover in unterschiedlichen Farben und „Biobaumwolle in Conversion“ kosten für Männer 37 EUR und für Frauen 35 EUR; allerdings kommt bei einem Einkauf von bis zu 100 EUR eine Versandkostenpauschale von 5,95 EUR dazu. Diese Kleidungsstücke von *Epona* werden in Indien produziert und von der FLO (Fairtrade Labelling Organisation) zertifiziert.

Beim Bekleidungssyndikat findet sich auch eine breite Palette an Schuhen. Und da gibt es z.B. für 65 EUR einen klassischen schwarzen Halbschuh der Marke *Vegetarian Shoes*, ein Hersteller aus England, dem es mit der Entwicklung verschiedener synthetischer Materialien gelungen ist, ein veganes Gegenstück zu Leder mit den gleichen Eigenschaften zu entwickeln. Die Schuhe werden u.a. in der selben Fabrik in Portugal gefertigt, in der auch die Blackspot Sneaker hergestellt werden. Neben Sport- und Freizeitschuhen gibt es sogar Arbeits- und Wanderschuhe.

Mehr unter: www.shop.bekleidungssyndikat.de

Bekleidungssyndikat



100% faire Klamotten

Wir machen Dir ein Angebot, das Du nicht ablehnen kannst ...

Orden fürs Morden?

Eine Kampagne gegen das Treffen der Ritterkreuzträger in Celle 1993

„Trotz widerlicher Störaktionen: >Celle 93< war ein Erfolg. Dank an die Stadt, die Polizei und alle getreuen Helfer“ – so titelte das Mitteilungsblatt der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger (OdR) im Dezember 1993. Aber, Niederlagen als Siege auszugeben, hatten sie halt gelernt in Zeiten der Wehrmachtsberichte. Und eine kurze Schonfrist blieb ihnen noch, bis gut fünf Jahre später unter der ersten rot-grünen Bundesregierung Verteidigungsminister Scharping das „Kontaktverbot“ verkündete. Danach durfte die Bundeswehr die OdR in keiner Weise mehr unterstützen. Das war in Celle 1993 noch anders, aber eine gelungene antifaschistische Kampagne hatte seinerzeit mit der Skandalisierung u.a. dieser Zusammenarbeit dem bis dato ungestörten Treiben der Wehrmachtssoldaten eine Grenze gesetzt.

Die Legende von der „sauberen Wehrmacht“ hatte über 40 Jahre zum Geschichtsbild der Republik gehört. Mit dieser Lüge räumte erst die 1995 eröffnete Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1945“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung auf. Bis dahin dominierte ein Bild, wonach die Truppe „mit Anstand und Würde ihre soldatische Pflicht“ erfüllt habe, in Distanz zu Hitler und dem NS-Regime.

Doch ein Wandel hatte sich angekündigt: Kurz nach ihrem Einzug in den Celler Stadtrat 1986 hatten die Grünen die Teilnahme des SS-Traditionsverbandes HLAG an der lokalen Feier zum Volkstrauertag zum Gegenstand einer „Aktuellen Stunde“ gemacht, und regional war durchaus nicht unbemerkt geblieben, dass sich Neonazis in trauter Eintracht mit Veteranengruppen auf dem Soldatenfriedhof in Essel (bei Verden) um die Gräber der dort bestatteten SS-Soldaten versammelten.



Dass sich der erste bundesweit registrierte Protest gegen die Treffen der OdR gerade in Celle formierte, hatte vielleicht noch drei lokalspezifische Momente: 1.) Wegen der Naziaktivitäten im Landkreis (Hetendorf, WSG Jürgens, Skinheads etc) gab es seinerzeit eine aktive AntiFa-Szene vor Ort; 2.) die Stadtoberen hatten sich schon 1983 zum Stahlhelmtreffen, 1985 zum Deutschen Burschentag und 1987 beim Bundesparteitag der Deutschen Volksumion (DVU) als – auch für das liberale Bürgertum – nach rechts zu offen gezeigt; und 3.) schließlich war nach der symbolischen Besetzung der

ehemaligen NAAFI im September 1993 auch eine aktivistisch orientierte Jugend in Bewegung.

Viel hängt für eine Kampagne in einer eher konservativ strukturierten Provinzstadt wie Celle davon ab, ob überregionale Medien sich für ein Thema interessieren. Schon der Auftakt war in dieser Hinsicht erfolgversprechend. Am Antikriegstag, dem 1. September, erreichte man mit einer kleinen Aktion am Mahnmal für die Opfer des Massakers vom April 1945 mediale Aufmerksamkeit. Mit einem Transparent „Bundestreffen der Ritterkreuzträger in Celle: Wir sagen NEIN!“ ausgestattet, hielt eine Initiatorengruppe dort eine Mahnwache und „Pressekonferenz“ ab. Schon vorab berichtete Eckhardt Spoo in der Frankfurter Rundschau („Protest gegen Ritterkreuzträger – Orden würdigt „Soldatentum“ / Bundeswehr hilft bei Treffen“), die Hannoversche Neue Presse



(„Die Bundeswehr ehrt Hitlers Ritterkreuzträger“) und dann die Cellesche Zeitung („Widerstand gegen Bundestreffen formiert sich / Mahnwache und Protest gegen Ritterkreuzträger“). Letztere hatte Oberbürgermeister Dr. Severin und einen Sprecher der Bundeswehr zu ersten, verharmlosenden Statements gebracht. Basis der Berichterstattung war ein Flugblatt, in dem das Traditionsverständnis der OdR kenntlich gemacht sowie die Unterstützung des Treffens durch die Bundeswehr und Repräsentanten der Stadt angegriffen wurde:

Die Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger (OdR) ist eine Organisation Ewiggestriger. Rund 900 Mitglieder zählt der militaristische Traditionsverband. Als Voraussetzung für die Aufnahme steht die Verleihung des Ritterkreuzes des Eisernen Kreuzes, eine Auszeichnung für besondere Tapferkeit vor dem Feind oder für hervorragende Truppenführung im Zweiten Weltkrieg. Exakt 7318 Ritterkreuze sind verliehen worden, also keine Allerweltsauszeichnung bei rund 15 Millionen Wehrmachtsangehörigen. 438 dieser Orden wurden an Angehörige der Waffen-SS vergeben. [...] Bei der Gründung der OdR 1955 waren es noch rund 2000 Kriegsaktivisten, die die Erinnerung an ihre von der NS-Propaganda verherrlichten "Heldentaten" wach hielten und sich "für die Würde echten Soldatentums" einsetzen wollten. 650 Ritterkreuzträger der Nazi-Wehrmacht fan-

den bei der Bundeswehr ab 1956 einen neuen Broterwerb. "Wir fühlen uns den Soldaten der Bundeswehr verbunden", ist so folgerichtig in den OdR-Leitlinien nachzulesen.

Verwiesen wurde auf die kriegsverherrlichenden und revanchistischen Stellungnahmen im Mitteilungsblatt des Verbandes. Im Fokus der Kritik stand aber vor allem die Unterstützung durch Bundeswehr und Stadt:

So gehört zum Programm der Besuch des Panzerlehrbattalions Scheuen mit Mittagessen im Kasino; das "Damenprogramm" unterstützt die Bundeswehr durch einen Transport zum Kloster Wienhausen; ein Bus wird auch für die Fahrt zur Grabstätte des Generals Niemack in Groß-Hehlen zur Verfügung gestellt. Die "Gedenkfeier am Ehrenmal" wird unterstützt durch eine "Ehrenformation der Bundeswehr mit Heeresmusikzug 3", auf der der Standortpfarrer die Ansprache hält. Der Heeresmusikzug 3 spielt dann auch am Festabend. - Ein "Empfang beim Oberbürgermeister" ist vorgelesen.

Vor dem Hintergrund der ersten Auslandseinsätze der Bundeswehr in Kambodscha, auf dem Balkan und in Somalia wurde dies als „Beitrag zur Hebung der Kriegsbereitschaft“ gesehen. (PM vom 01. September 1993)

Es begann eine intensive öffentliche Auseinandersetzung – zunächst in den Leserbriefspalten der Celleschen Zeitung. Unversöhnlich standen sich in zweiundzwanzig Leser_innen-Briefen, fast ausgewogen 10 Gegner_innen und 12 Verteidiger von OdR und Wehrmacht gegenüber. Und auch wenn sie sich die Finger wund tippten: In ihrer Rage entlarvten sich die zumeist ehemaligen Wehrmachtsangehörigen selbst und gaben der Kampagne weiteren Stoff. Wer etwa die Kriegsverbrecher Jodl und Keitel zu „hochhonorigen Persönlichkeiten“ erklärte (Wolfgang Scheller, 10.09.1993) oder verkündete, dass die Wehrmacht 1941 nur einem seitens der Sowjetunion bevorstehenden „Angriff zuvorgekommen ist“ (Gerhard Schulz, 01.10.1993), hatte sich auch seinerzeit aus einer ernstzunehmenden Diskussion verabschiedet.

Merkwürdigerweise äußerte sich niemand aus den Reihen des 1959 vom ehemaligen Celler Oberkreisdirektor Bruns gegründeten „Hilfswerk Ritterkreuz e.V.“, zu dessen Vorstand 1993 Dr. Wolfgang Rust als Vorsitzender und Fritz Darges als Schatzmeister gehörten (letzterer bekam sein RK als Obersturmbannführer des SS-PzRgt 5 "Wiking", bis 1939 war er Adjutant im Stab „Stellvertreter des Führers“ und noch am Tag vor dem Attentat vom 20. Juli 1944 im Führerhauptquartier).

Auf parlamentarischer Ebene erfuhr die Kampagne Unterstützung durch Andrea Hoops (Grüne) im Landtag und Ulla Jelpke (PDS) im Bundestag.. Ulla Jelpke fokussierte ihre Anfrage vom 22.09. auf die rechtsextremistischen Bezüge der OdR sowie deren Unterstützung durch die BW, wobei sie sich ausdrücklich auf Informationen aus „einem Flugblatt von Celler AntifaschistInnen“ berief. Die CDU/FDP-Bundesregierung antwortete erst in der Woche nach dem OdR-Treffen. Wie kaum anders zu erwarten, lagen „keine verfassungsschutzrelevanten

Kenntnisse“ vor, und: „Die Bundesregierung wertet die Beteiligung der Bundeswehr an der diesjährigen Veranstaltung der OdR in Celle [...] als Zeichen der kameradschaftlichen Verbundenheit mit den ehemaligen Soldaten und ihren Familien. Derartige Begegnungen sind Ausdruck eines gelebten Traditionsverständnisses.“ (BT-DS 12/5938 und 12/5770) – Andrea Hoops' Anfrage wurde erst im Dezember beantwortet; sie erklärte im Vorfeld eindeutig: „Es ist ein Skandal, daß der Oberbürgermeister von Celle die Alt-Nazis offiziell empfangen will und die Bundeswehr mit Hitlers Paradesoldaten gemeinsame Sache macht.“ (CZ, 08.10.1993)

Die Ratsfraktion der Grünen wurde mit einer von ihr beantragten „Aktuellen Stunde“ am 22.09.1993 aktiv. Bernd Zobel forderte den Oberbürgermeister auf, den geplanten Empfang abzusagen. Zur Begründung führte er das geschichtsrevisionistische Verständnis und die militaristische Gesinnung des Verbandes an. Und er verwies darauf, dass der in Italien verurteilte Kriegsverbrecher Walter Reder im Verbandsorgan als Opfer dargestellt werde. [Eine kleine, im Jahr 2004 erschienene Broschüre des Celler Hilfswerks weist diesen gar als Empfänger von Unterstützungsleistungen aus.] – Die Gegenposition bezog der damalige CDU-Fraktionsvorsitzende und Leiter des Staatlichen Studienseminars Friedrich Schulze: „Die Formulierung >Orden für's Morden< [...] halten wir für eine verfolgungswürdige Verunglimpfung.“ Man sei „aufgerufen zur Toleranz“ und solle „diese Ordensgemeinschaft als Gäste willkommen heißen“.

Die Initiator_innen der Kampagne hatten zwischenzeitlich ein „Bündnis gegen das Vergessen – Nein zu Nazi-Orden“ gegründet. Dabei handelte es sich nicht um ein Bündnis unterschiedlicher Organisationen, sondern im Kern um eine Bürgerinitiative. Zum einen waren es die schlechten Erfahrungen mit der SPD, zum anderen auch die Zurückhaltung von DGB und Grünen, die dieses Modell am effektivsten erscheinen ließ.

Dieses „Bündnis“ hatte am 21. September den Journalisten Volkmar Wölk als Referenten in die Buchhandlung „Buchfink“ eingeladen; er war Mitglied im Sprecherrat der VVN/BdA und Autor verschiedener Studien zum Thema Neofaschismus. Und in hoher Auflage wurde ein vierseitiges Flugblatt verteilt, in dem neben der Kritik an der OdR auch Textauszüge von Raul Hilberg und Paul Kohl die Beteiligung der Wehrmacht am Holocaust und die Verbrechen im Vernichtungskrieg belegten.

Für Aufregung sorgte kurz vor dem Treffen ein in der Stadt verklebtes Plakat, auf dem Oberbürgermeister Severin und CDU-Fraktionschef Schulz gewissermaßen als Marionetten Hitlers dargestellt wurden. In der Woche vor dem Treffen schrieben die beiden städtischen Vertreter dann an das Bündnis, dass das Plakat eine „schwere Verletzung meines Persönlichkeitsrechts“ darstelle, und sie erwägen würden, „von Ihnen deshalb Schadenersatz in Höhe von 15.000 DM im Wege der Klage zu fordern“.

Auch im Bündnis war das Plakat nicht unumstritten,

KUNDGEBUNG GEGEN das Bundestreffen der RITTERKREUZTRÄGER



**Gegen - militaristische
Traditionsfeiern !** **Gegen - Verherrlichung der
Kriegs-Verbrechen !**

**- Treffen von Nazi-
Größen !** **- Kriegseinsätze der
Bundeswehr !**

Samstag, 16.10.93, 9 Uhr - Großer Plan - Celle

Vgl. 47. W. Lages, Bericht über den Protest: Foto in Norddeutscher Rundfunk 193, 1993/1994

weil es die damals angesichts der Wiedervereinigung umgehende Furcht vor einem „Vierten Reich“ doch sehr verkürzt darstellte. Immerhin: Obwohl es sich um eine nicht im Plenum vereinbarte Aktion handelte, distanzierte sich niemand. Bei einem Bündnis von Organisationen hätte es aller Erfahrung nach gekracht und die bekannten Absetzbewegungen gegeben. Problematisch wurde, dass zwei beim Kleben beobachtete Leute von einem „Aktivbürger“ denunziert worden waren. Severin und Schulze erstatteten Strafanzeige. Im Prozess aber konnte der Amtsrichter sich am Ende um die Frage herumdrücken, ob wegen Beleidigung zu verurteilen gewesen wäre, denn: Den beiden konnte nicht nachgewiesen werden, die inkriminierten Plakate verklebt zu haben. Der Zeuge hatte vor Gericht eine andere Autofarbe in Erinnerung als in seiner ersten Polizeiaussage.

Aktionistisch stellte das Bündnis die von den Ritterkreuzträgern am 16.10.1993 geplante Kranzniederlegung am Kriegerdenkmal vor dem Schloss in den Mittelpunkt. Im Anschluss an eine Kundgebung auf dem Großen Plan war die lautstarke Störung der OdR-Veranstaltung geplant, ohne dass dazu allerdings offen aufgerufen worden wäre.

Die Kundgebung selbst fand in den Medien anschließend kaum Beachtung – und auch die vielleicht 250 Teilnehmer_innen nutzten sie eher als gemeinsamen Treffpunkt. Es ist aus den vorliegenden Dokumenten nicht ersichtlich, wer überhaupt gesprochen hat. Woran sich manche Teilnehmer_innen aber noch erinnern, ist

der Auftritt einer überschaubaren Gruppe der Göttinger Antifa-M. Mit einer an den Rot-Frontkämpferbund erinnernden „Uniformierung“ verbrannten sie pathetisch eine Deutschlandfahne.

Nach offizieller Auflösung der Kundgebung formierte sich der Großteil der Kundgebungsteilnehmer_innen zu einer kurzen, nicht angemeldeten Demonstration zum Schlossplatz, um - wie erwartet - von Polizeiketten am Zutritt zum Schlossberg gehindert zu werden. Eher symbolisch gab es hier und da Gerangel mit den Polizeikräften. Schnell aber hatte sich eine „Ordnung“ hergestellt, die sich so beschreiben lässt: Am Kriegerdenkmal selbst versammelten sich die ihr Ritterkreuz tragenden Verbandsoberen, neben ihnen eine Ehren-Formation der BW und das Heeresmusikkorps. In engem Kreis darum herum stand die restliche Ritterkreuzbande und lokale Wehrmachtfans. Und hinter dem Schlossgraben die Demonstrant_innen und viele Schaulustige:

„Orden fürs Morden“ riefen die Demonstranten, und gleichzeitig spielte das Heeresmusikkorps 3 der Bundeswehr zu Ehren der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger „Ich hatt’ einen Kameraden“. Etwa 300 Demonstranten protestierten lautstark gegen die Gedenkfeier [...] Zum feierlichen Höhepunkt des Bundestreffens, der auf den Jahrestag der Hinrichtung der Wehrmachtbefehlshaber Jodl und Keitel als Kriegsverbrecher fiel, trugen Bundeswehrrekruten des Panzerbataillons 334 den Kranz der Ordensgemeinschaft zum Ehrenmal am Celler Schloss. Die anschließenden Reden des „Landesgruppenleiters Niedersachsen“, der Ritterkreuzträger und des Celler Standortpfarrers gingen jedoch im Lärm der Demonstranten unter. Obwohl die Polizei die Gedenkfeier abgesperrt hatte, bleiben Trillerpfeifen, Böller und „Mörder, Mörder“- oder auch „Nie wieder Deutschland“-Rufe unüberhörbar. (die tageszeitung, 18.10.1993)

Da hielten die alten Krieger dann dagegen. Wie selbstverständlich sangen einige die erste Strophe der Nationalhymne. Und gegen vereinzelt Kritiker_innen, die es auf den Schlossberg geschafft hatten, wurden sie nicht nur handgreiflich, sondern auch laut: Journalisten berichteten anschließend von auf die Protestierenden bezogene Äußerungen wie: „Da müsste man mit dem MG reinhalten!“ oder das abwertend gemeinte „Da sind auch Juden dabei!“ (Vgl. Der rechte Rand, Nr. 25, 1993)

Während die Ritterkreuzträger sich, von der Polizei geschützt, in die Städtische Union zurückzogen, um der Rede des ehemaligen Vizekanzlers Erich Mende (FDP), selbst Mitglied der OdR, zu lauschen, vollführte die Polizei die seinerzeit beliebte Einkesselung von Demonstrant_innen:

Als die Veteranenfeier bereits zu Ende war, kesselte die Polizei einen großen Block der Demonstranten ein und hielt die jungen Leute bis zu zwei Stunden in dem Kessel gefangen. Sie wurden erst nach und nach freigelassen, nachdem ihre Personalien festgestellt worden waren. [...] Die Einkesselung von mehr als hundert Demo-Teilnehmern begründete die Polizei mit der „Verhinderung weiterer Aus-

schreitungen“. Im Verlauf des Einsatzes sei Polizeibeamten zu Ohren gekommen, daß „möglicherweise noch eine Scherbendemo“ in Celle geplant gewesen sei, sagte ein Polizeisprecher gestern. (die tageszeitung, 18.10.1993)

Als die Polizeiführung meinte, es sei ihr etwas „zu Ohren“ gekommen, hatten Demonstrant_innen schon „auf die Ohren“ bekommen. Mehrfach gab es Schlagstockeinsätze mit Verletzten; 19 Protestierende wurden vorläufig festgenommen, woraus dann einige Anzeigen wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt resultierten.

Trotzdem wertete der Antifaschistische Arbeitskreis Celle die Aktionen anschließend als Erfolg: „Die OdR konnte ihr Treffen nur unter massivem Polizeischutz durchführen und in der überregionalen Presse und im Fernsehen wurde die OdR als das dargestellt, was sie real auch ist: ein kriegsverherrlichender, revisionistischer Verband alter Nazihelden.“ (in: Dokumentation zur Entwicklung der öffentlichen Diskussion zum Bundestreffen der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger, hg. vom Antifaschistischen Arbeitskreis Celle)

Und in der Tat: Überregional waren die Ritterkreuzträger eher schlecht weggekommen. Die auflagenstarke hannoversche NEUE PRESSE etwa kritisierte unter der Überschrift „Peinlich“: „Nach Rostock, Hoyerswerda, Mölln und Solingen sollten demokratisch gewählte Politiker einmal mehr darüber nachdenken, welche Deutschen sie in der Öffentlichkeit repräsentieren wollen.“ (NP, 18.10.) Das Sahnehäubchen stellte ein Artikel im STERN dar, Titel: „Rambos von gestern. In Celle traf sich die >Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger< zum Strammstehen“. (Nr. 43 vom 21.10.1993)

Auf lokaler Ebene bastelte der Chefredakteur der CZ, Michael Rothfuchs, am Nationalbewusstsein:

Gewiß, es gibt die „ewig Gestrigen“, auch unter den Trägern des Ritterkreuzes. Dies kann aber nicht bedeuten, eine Gemeinschaft heute in toto zu verurteilen. Der Mensch lebt grundsätzlich mit den jeweils gegebenen Machtverhältnissen. Dabei ist es unredlich, eine Zeit, in der wir das, was wir fühlen und denken, frei aussprechen können, auf die Zeit der Nazi- oder auch auf die der SED-Diktatur zu übertragen. „Männermut vor Königsthronen“. [...] Wehren wir uns gegen diejenigen, die, im Zusammenhang mit dem Treffen der Ritterkreuzträger demokratisch legitimierte Repräsentanten als von Hitler gesteuerte Marionetten verunglimpfen, wie gegen diejenigen, die meinen, mit dumpfen Parolen und Fremdenhaß Ängste schüren zu müssen.“ (CZ, 14.10.1993)

Die Lokalreporterin Sabine Schwieder schrieb ihrem Chef dann hinterher, das Treffen sei durch den Protest „weit mehr aufgewertet, als dies gut tut.“ Um angesichts der auf dem Schlossberg versammelten Kriegsverbrecher zu lamentieren: „Es ist gut und richtig, wenn junge Leute ihren Unmut über die Geschichtsauffassung der Ordensgemeinschaft artikulieren, doch in dem Moment, in dem die ersten Coladosen, die ersten Eier fliegen, geht es nicht mehr um Inhalte, sondern nur noch um Gewalt.“ Immerhin er-



ging auch eine Mahnung an die politisch Verantwortlichen: „Sie ignorierten, daß die Kritik nicht nur von einigen Randalierern, sondern auch aus gemäßigten Teilen der Bevölkerung kam.“ (CZ, 18.10.1993)

Gegenüber der FAZ ahnte der OdR-Vorsitzende Krentz, dass das neununddreißigste Treffen in Celle „vielleicht das letzte“ sei. (FAZ, 16.10.1993) Nicht ganz, aber: In Dresden 1996 blies ihnen der Wind dann erstmals auch offiziell ins Gesicht. Der Oberbürgermeister verweigerte den Empfang, die Bundeswehr zog ihre Teilnahmezusage zurück und alle geplanten öffentlichen Veranstaltungen mussten aufgrund von Protesten abgesagt werden. (Vgl. BT-Drucksache 13/6542 vom 10.12.1996) Und 1997 in Hammelburg half selbst der Schutz von Schirmherr Edmund Stoiber nicht gegen Kritik, die BW musste zumindest die so genannte Totenwache absagen. (Vgl. BT-DS 13/8947 vom 29.10.1997). Das Treffen 1998 in Koblenz fand zwar mit Ansprachen eines Generalleutnants und eines Oberstleutnants statt, aber erstmals ohne offizielle Beteiligung der BW. So war es am 4. März 1999 nicht mehr so überraschend, dass Verteidigungsminister Scharping (SPD) kündigte, dass die Bundeswehr die „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“ in keiner Weise mehr unterstützen werde und alle Verbindungen zu ihr „gekappt“ würden.

Bei youtube gibt's fünf kurze Videos, die über die Suchworte „Celle+OdR“ bzw. „blumercelle“ zu finden sind.



Eröffnung

Infoladen

im Bunten Haus

Weil die Auseinandersetzung mit gesellschaftskritischen Themen nur selten ausschließlich positiv betrachtet – zum Teil sogar be- und verhindert – wird und wurde, entschlossen sich in den 80er/90er Jahren vielerorts Menschen, eigene Informations(frei)räume zu schaffen, die mehr bieten als die örtliche Bibliothek – so genannte *Infoläden*. Einen solchen Infoladen wird es ab dem 13.07. auch bei uns im Bunten Haus geben.



Ein Infoladen – Was ist das eigentlich?

Infoläden sammeln Informationen zu verschiedenen – vornehmlich gesellschaftskritischen – Themen in Form von Büchern, Zeitschriften, Broschüren und Flugblättern aber auch Videos und Datenträgern und machen diese öffentlich zugänglich. Außerdem wollen sie ein Raum sein, in dem Inhalte diskutiert und kritisch reflektiert werden. Sie bieten daher stets einen Ort zur Vernetzung von Gruppen und Menschen mit verschiedenen Arbeitsschwerpunkten.

Die in unserem Infoladen vorhandenen Flyer und Broschüren sind meist kostenlos erhältlich. Insbesondere gilt dies für Material zu aktuellen politischen Projekten und Aktionen. Größere Veröffentlichungen können gegen eine Spende in selbstgewählter Höhe erworben werden. Darüber hinaus ist es möglich, die vorhandenen Bücher und Videos bis zu acht Wochen kostenfrei auszuleihen. Sämtliche unserer Medien sind digital erfasst und verschlagwortet, sodass die Recherche in unseren Beständen denkbar einfach ist.

Themen

Ständig aktualisiert wird in unserem Infoladen selbstverständlich das Infomaterial zu politischen Projekten und Aktionen. Unsere bundesweite Vernetzung macht

es möglich, die Nutzer_innen nicht nur über Ereignisse in und um Celle, sondern auch über die aktuellen Geschehnisse in anderen Städten auf dem Laufenden zu halten.

Zu den grundsätzlich im Infoladen vertretenen Themen gehören Migration, Antifa, Rechtsextremismus, Soziale Bewegungen und Kämpfe, Geschichte allgemein, gesellschaftliche Utopien, Bildung, Philosophie, Gender, Umwelt/Anti-Atom, Internationalismus und Globalisierung, wobei diese Kategorien weder abschließend noch hierarchisch zu verstehen sind. Einen besonderen Schwerpunkt an Material möchten wir auf das Thema Kurdistan legen. Dies bietet sich in Celle ob der großen Zahl kurdischer Mitbürger_innen besonders an.

Menschen

Unser Infoladen wird von einem Kollektiv getragen, in dem sich Menschen unterschiedlicher Interessenschwerpunkte und politischer Überzeugungen engagieren. Neben der Gewährleistung von Öffnungszeiten geht es in unserer Arbeit darum, Ansprechpartner_innen für unsere Nutzer_innen zu sein und unseren Bestand beständig zu aktualisieren. Über die Bereitstellung von Informationen im Rahmen des fest eingerichteten Infoladens hinaus, organisiert das Kollektiv Vorträge, Workshops und andere Veranstaltungen zu den im Infoladen vertretenen Themen. Diese werden stets auf der Internetseite www.bunteshaus.de angekündigt.

Finanzierung

Passend zu den im Infoladen vertretenen Inhalten vertreiben wir T-Shirts, Aufkleber und Buttons und andere Artikel. Die Einnahmen aus dem Verkauf dieser Dinge werden ausschließlich zum Erhalt und zur Erweiterung des Angebots genutzt. Außerdem gibt es die Möglichkeit, sämtliche Bücher, die im Infoladen zur Ausleihe zur Verfügung stehen, über uns zu bestellen.

Wir freuen uns auf euren Besuch!

Das Infoladenkollektiv im Bunten Haus

**Infoladen Buntes Haus e.V. – Hannoversche Straße
30f – 29221 Celle – Bhk08@web.de**

Öffnungszeiten montags 19-21 Uhr



Politische Termine in und um Celle



Veranstaltungen der Gedenkstätte Bergen-Belsen

Sonntag, 28. Juni 2009 | 11.00 Uhr
Die Anne Frank Stiftung – Entwicklungsgeschichte, Selbstverständnis und Aufgaben; Vortrag von Hans Westra (Anne Frank Stiftung, Amsterdam)

Sonntag, 12. Juli 2009 | 11.00 Uhr
Kinder im Konzentrationslager Bergen-Belsen; Vortrag von Dr. Thomas Rahe

Sonntag, 19. Juli 2009 | 11.00 Uhr
Zeugen Jehovas im Konzentrationslager Bergen-Belsen; Führung durch die neue Dauerausstellung mit Katja Seybold

Sonntag, 26. Juli 2009 | 11.00 Uhr
Die Vertiefungsbereiche der neuen Dauerausstellung; Einführung mit Bernd Horstmann

Sonntag, 9. August 2009 | 14.00 Uhr
Anne Frank im Konzentrationslager Bergen-Belsen; Führung mit Elke von Meding; Ort: Treffpunkt: Rampe

Sonntag, 23. August 2009 | 14.00 Uhr
Die Entstehung der Gedenkstätte Bergen-Belsen; Führung mit Martina Staats über das Gelände des ehemaligen Lagers

Sonntag, 30. August 2009 | 14.00 Uhr
Das Lager Bergen-Belsen in den Zeichnungen von Zsuzsa Merényi; Führung mit Elke von Meding über das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen

Sonntag, 6. Sept. 2009 | 14.00 Uhr
Sowjetische Kriegsgefangene in Bergen-Belsen; Führung durch das Dokumentationszentrum und über das Gelände des ehemaligen Lagers

Aktionen und Veranstaltungen rund um den Celler Trialog

Samstag, 04.07.09, 14 Uhr
Demonstration „Celler Trialog beenden – Für eine Welt ohne Krieg!“
Start: Heeseplatz, Schlusskundgebung: Neues Rathaus

Sonntag, 05.07.09, 18 Uhr
Antimilitaristische VoKü im Bunten Haus (Celle)

Montag, 06.07.09, 17 Uhr
Pressekonferenz des Bündnisses

Dienstag, 07.07.09, 19 Uhr
Antimilitaristischer Filmeabend im Bunten Haus

Donnerstag, 09.07.09, 21:30
Militärspektakel vorm Schloss vermiesen! (Kundgebung)

Freitag, 10.07.09
Letzter Tag des Trialogs (NATO-Truppenübungsplatz Bergen)

Samstag, 11.07.09 22 Uhr
Antimilitaristische Soliparty im UJZ Kornstraße (Hannover)



Für die nebenstehende ANTI-AKW-DEMO in Berlin gibt es einen BUS aus Celle.

Wir fahren um 7.00 Uhr vom Schützenplatz ab, um locker bis zur Demo um 13 Uhr da zu sein; Rückfahrt ist um 17 Uhr, so dass wir gegen 22 Uhr zurück sind. Die Fahrt kostet 18 EUR für alle, die es sich leisten können und wollen, und 12 EUR für Schüler_innen und Hartz-IV-Bezieher_innen

Anmeldungen bitte – wegen Planungssicherheit – möglichst fix unter: 05141-330503 oder forum-gegen-atomenergie@gmx.de



10. August 2009

10. Todestag von

Peter Deutschmann

in Eschede totgeschlagen von zwei jugendlichen Nazi-Skins

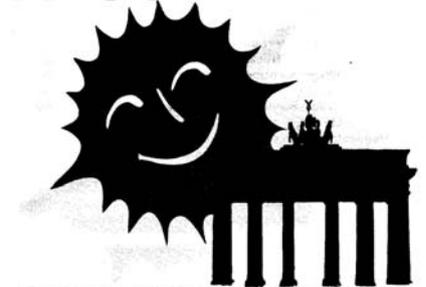
Di., 24. August, 19.00

Die NPD und Die Bundestagswahl

Referent: Andreas Speit, Journalist
Kreuzkirche, Windmühlenstraße

Veranst.: Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus

MAL RICHTIG ABSCHALTEN!



ATOMKRAFT NEIN DANKE!

DEMO BERLIN
5. SEPTEMBER 2009

www.anti-atom-treck.de

Kunst & Kultur

Sa., 04. Juli, 22 Uhr

Celebration – The Independent One
Drum&Bass-Party im Bunten Haus
Eintritt: 4 EUR

Fr., 24. Juli, 20 Uhr

Kaput Krauts (Berlin), KPK (Bielefeld), Tackeleberry (Kiel)
Punk im Bunten Haus
Eintritt: 4 EUR

Fr. und Sa., 24. und 25. Juli

13. SüdwinseFestival
umsonst & draußen mit:
Rantanplan (Fr), The Pokes (Fr), Tequila and the Sunrise Gang (Sa), Demian Domigues Blues Band, Klaus der Geiger (Sa), Roger Trash, Stars and Bars (Sa), Phrasenmäher, StenRei, Whatever, Rockout, Captivity u.a. - unter: www.suedwinse.de

Fr., 31. Juli, 20 Uhr

Open Stage der CRI
CRI-Räume auf dem Gelände der CD-Kaserne - <http://www.cri-web.de/>

Fr., 31. Juli – So., 2. August

Fährmannsfest Hannover
u.a. mit: Ten Years After (Fr), Schandmaul (sa) und Boppin' B. (So.) – Fr. + Sa. Je 5 Euro, So. umsonst
Timetabel unter www.faehermannsfest.net/

Samstag, 01. August, 19.00

Bockpalast in Bockelskamp
Mit Accused (CE), Marys Forbidden Dreams (CE), Die Weltenretter (WOB) - <http://www.bockpalast.de/>

Fr, 7., und Sa., 8. August, 20.30

„Stolperstein“
Filmvorführung in Kooperation mit dem Stadtarchiv Celle, der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Celle und der jüdischen Gemeinde
Kino 8 ½ - Kein Eintritt

(vorläufiger Redaktionsschluss: 21. August)

Fr, 7., und Sa., 8. August

Altstadtfest in Celle
Umsonst (hihi) und draußen

Fr, 14. August, 20.00

Session der Neuen Jazz Ini
Kunst & Bühne, Nordwall – Eintritt frei

Fr, 14., und Sa., 15. August, 20.30

Gran Torino
Der letzte Film von und mit Clint Eastwood aus dem Jahr 2008.

Kino 8 ½ - Eintritt: 5,00 EUR

So., 16. August, 11.30 Uhr

otto haesler. kurt schwitters – zwei künstlerfreunde
Vortrag: Dr. Isabel Schulz, Geschäftsführerin der Kurt und Ernst Schwitter Stiftung Hannover

Galerie im Haesler-Haus, Magnusstr.

So., 16. August, 16 Uhr

Cubrazil
Sommerjazz im Mühlengrund Wienhausen
Eintritt: 7 EUR

Fr., 27. August, 20 Uhr

Open Stage der CRI
CRI-Räume auf dem Gelände der CD-Kaserne
<http://www.cri-web.de/>

Fr., 27. + Sa., 28. August

Zytanien – open air
Fest zugesagt haben bislang:
Tito and Tarantula, The Inspector Cluzo, Rainer von Vielen, Indian Tea Company, Pentarize, Weltraum, Trennfrequenz, The Rivets, Paperhead
<http://zytanien.ning.com/>

Ständige Termine

Arbeitskreis “Eine Welt”
jeden Mi. 20.00 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstraße 29)

Weltladen Öffnungszeiten:
Di - Fr: 10-17 Uhr
Sa: 10 -14 Uhr

AK Ausländer
jeden 3. Mo. im Monat
18.00 Uhr Urbanus-Rhegius-Haus, Fritzenwiese

sic! - sozial in cello
Erwerbslosenberatung
Je. Do. 14.30 - 17.00 Uhr
Neustadt 23

Attac-Plenum
Jeden. 1. und 3. Di. im Monat
20.00 Uhr in der Deutschen Angestellten Akademie,
Spörckenstr. 63

Termine im Bunten Haus:

Hannoversche Str 30f
29221 Celle, Tel.: 907927

Fahrradwerkstatt:
jeden Mi. ab 19 Uhr
Antifa-Café:
je. 1. Mi. im Monat, 19.00 Uhr
Archiv
jeden Do., 17-19 Uhr
Plenum
jeden Do. 19 Uhr
Volkküche
jeden So. 18 Uhr
Kneipe
jeden Mo. 20 Uhr

Forum gegen Atomenergie
Je. 2. Di. im Monat, 20.00 Uhr